

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Herbstgrundlinien 2014

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2014) : Herbstgrundlinien 2014, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 38, pp. 871-899

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/102084>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Herbstgrundlinien 2014



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft schwenkt wieder auf Aufwärtkurs ein 87¹

Europa und die Weltwirtschaft:
Expansionstempo weiter gering 87²

Aufschwung der deutschen Wirtschaft
setzt sich nach Dämpfer fort 88³

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Ukrainekrise ist ein Risiko
für die konjunkturelle Entwicklung« 90⁰

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 90¹

Am aktuellen Rand Kommentar von Christian von Hirschhausen

Abgewählt:
Die Schweden besiegeln das Ende der Lausitzer Braunkohle 90⁴



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
81. Jahrgang
17. September 2014

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

„Außenhandel und Wirtschaftswachstum der Kaffeeausfuhrländer“

Ein häufig schwerwiegendes Hemmnis für ein befriedigendes Fortschrittstempo der Entwicklungsländer liegt in der Einseitigkeit ihrer Exportstrukturen. Ihre Ausfuhrmöglichkeiten werden nicht nur durch das generelle Vorherrschen von Bergbau- und Agrarprodukten – im Durchschnitt 85 vH ihrer Gesamtausfuhren – mit überwiegend ungünstiger Absatzentwicklung eingeengt; hinzu kommt, daß diese Länder in der Mehrzahl jeweils über die Hälfte ihrer Exporterlöse nur aus einem oder zwei Erzeugnissen erzielen und entsprechend stark durch deren jeweilige Marktverhältnisse betroffen werden.

In einer besonders ungünstigen Position befanden sich in den vergangenen Jahren die Kaffeeausfuhrländer. Zwar nahm der Weltkaffeehandel bis 1963 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1951/53 mengenmäßig um etwa 47 vH zu; infolge starker Angebotsausweitung nach 1956 setzte jedoch ein beispielloser Preisverfall ein. Während die Rohstoffpreise insgesamt von 1956 bis 1963 um 7 vH zurückgingen (bis 1962 um 14 vH), fielen die durchschnittlichen Kaffeeausfuhrpreise um 44 vH; unter der Annahme, daß bei konstanten Ausfuhrmengen (tatsächlicher jährlicher Zuwachs 2,9 vH) die Preise stabil geblieben wären, bedeutet das für die Kaffeeausfuhrländer einen Devisenverlust von insgesamt fast 4,2 Mrd. Dollar seit 1956. Der tatsächliche Umsatzrückgang betrug gegenüber 1956 30 vH, gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1951/53 19 vH.

aus dem Wochenbericht Nr. 38 vom 18. September 1964

Deutsche Wirtschaft schwenkt wieder auf Aufwärtstkurs ein

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr um 1,5 Prozent und im kommenden Jahr um 1,8 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote steigt von 6,7 Prozent in diesem Jahr auf 7,0 Prozent im kommenden Jahr. Die Inflation bleibt in beiden Jahren niedrig; sie liegt in diesem Jahr bei 1,0 Prozent und im kommenden Jahr bei 1,5 Prozent.

Das Wachstum der Weltwirtschaft war im ersten Halbjahr 2014 deutlich geringer als im Jahresverlauf 2013. Dabei ging das Expansionstempo in den Schwellenländern bis zuletzt weiter zurück. Die Industrieländer im Aggregat haben hingegen nach einem schwachen Start ins Jahr im zweiten Quartal etwas stärker zugelegt. Im weiteren Verlauf wird sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft erhöhen. Die allmählich anziehende wirtschaftliche Entwicklung wird sich in den Industrieländern nach und nach in einer Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt und in steigenden Löhnen niederschlagen. Zusammen mit niedrigen Inflationsraten dürfte dies den Konsum anregen. Dabei wird die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und insbesondere im Euroraum zunächst gedämpft verlaufen, da die hohe öffentliche und private Verschuldung die Nachfrage weiterhin bremst. Außerdem belasten vor allem hier die geopolitischen Krisen.

In Deutschland wird die wirtschaftliche Entwicklung zurzeit durch die Verunsicherung in Zusammenhang mit den geopolitischen Krisen gedämpft. Insbesondere der Außenhandel und die Investitionen nehmen vorübergehend nur moderat zu. Im kommenden Jahr, wenn die Verunsicherung sich annahmegemäß nach und nach aufgelöst hat, wird

die deutsche Wirtschaft wieder auf ihren moderaten Aufwärtstkurs einschwenken. Obgleich die Ausfuhren durch die geopolitischen Krisen gedämpft werden, geht dabei von den Exporten der größte Wachstumsimpuls aus. Allerdings werden die Importe im Zuge der anziehenden Binnen- nachfrage ähnlich dynamisch zulegen. Der Überschuss der Leistungsbilanz wird ebenfalls leicht steigen, auf jeweils etwa sieben Prozent.

Wenn die Verunsicherung der Unternehmen im kommenden Jahr abgeebbt ist, werden die Investitionen an Tempo gewinnen. Zudem wird der private Konsum durch die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt merklich angeregt, denn der Beschäftigungsaufbau setzt sich im Zuge der expandierenden Produktion fort - wenngleich er etwas an Schwung verliert. Die Unternehmen begegnen der steigenden Nachfrage aber auch dadurch, dass sie die Arbeitszeit pro Kopf ausweiten. Alles in allem nimmt die Zahl der Beschäftigten in diesem Jahr um 330 000 Personen und im kommenden Jahr um 120 000 Personen zu. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt in diesem Jahr leicht auf 2,91 Millionen Personen. Im nächsten Jahr wird sie - wegen des migrations- und verhaltensbedingt kräftigen Anstiegs der Zahl der Erwerbspersonen - leicht auf 3,06 Millionen Personen steigen.

Der Finanzierungssaldo des Staates wird in beiden Jahren des Prognosezeitraums in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt - wie im Jahr 2013 - bei 0,3 Prozent liegen. Der strukturelle Überschuss beträgt in diesem Jahr 0,7 Prozent und im nächsten Jahr 0,5 Prozent.

Europa und die Weltwirtschaft: Expansionsstempo weiter gering

Das Wachstum der Weltwirtschaft war im ersten Halbjahr 2014 deutlich geringer als im Jahresverlauf 2013. Während die Industrieländer nach einem schwachen Start ins Jahr im zweiten Quartal etwas stärker zulegten, ging in den Schwellenländern das Expansionsstempo zuletzt noch etwas weiter zurück (Abbildung 1). Unter den Industrieländern ist vor allem die US-Wirtschaft merklich gewachsen; hingegen stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum, und die japanische Wirtschaftsleistung schrumpfte sogar stark. In den USA und Japan dürfte die Entwicklung des zweiten Quartals allerdings in großen Teilen eine Reaktion auf Sondereffekte im ersten Quartal gewesen sein. Unter den Schwellenländern gewann zwar die Konjunktur in China an Dynamik. Die Wirtschaft Brasiliens rutschte indes in die Rezession. Die russische Wirtschaftsleistung stagnierte – wohl

auch in Folge der mit der Ukraine Krise gestiegenen Unsicherheit. Die wirtschaftliche Entwicklung der anderen mittel- und osteuropäischen Staaten wurde bisher kaum beeinträchtigt. Sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern stützte vorwiegend der Konsum die Wirtschaft, auch weil die Preissteigerung in den meisten Volkswirtschaften niedrig war.

Die geldpolitische Ausrichtung wird bis in das kommende Jahr hinein global expansiv bleiben. Die Europäische Zentralbank hat ihre Politik zuletzt noch einmal gelockert. Auch für Japan sind weiterhin unterstützende Maßnahmen zu erwarten. In den USA richtet die Notenbank zwar ihren Kurs weniger expansiv aus, allerdings nur langsam. Allein im Vereinigten Königreich und einigen anderen angloamerikanischen Ländern dürfte es zu einer rascheren Zinswende kommen. Die Finanzpolitik wird in globaler Betrachtung über den Prognosezeitraum weniger restriktiv ausgerichtet sein als in den vergangenen Jahren.

Nach dem schwachen ersten Halbjahr dürfte sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft etwas erhöhen (Abbildung 2, Tabelle 1). Vor allem in den Industrieländern wird sich im weiteren Verlauf die allmählich bessere Situation auf dem Arbeitsmarkt in steigenden Löhnen niederschlagen. Zusammen mit niedrigen Inflationsraten dürfte dies den Konsum anregen. In einigen Ländern stützen zudem die günstige Entwicklung auf den Finanzmärkten und die Erholung der Immobilienmärkte den privaten Verbrauch. All dies dürfte im weiteren Verlauf auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen. In Europa und insbesondere im Euroraum bleibt die wirtschaftliche Entwicklung jedoch zunächst schwach, da die hohe öffentliche und private Verschuldung die Nachfrage weiterhin dämpft. Hinzu kommen geopolitische Risiken, die vorübergehend insbesondere die Investitionstätigkeit belasten.

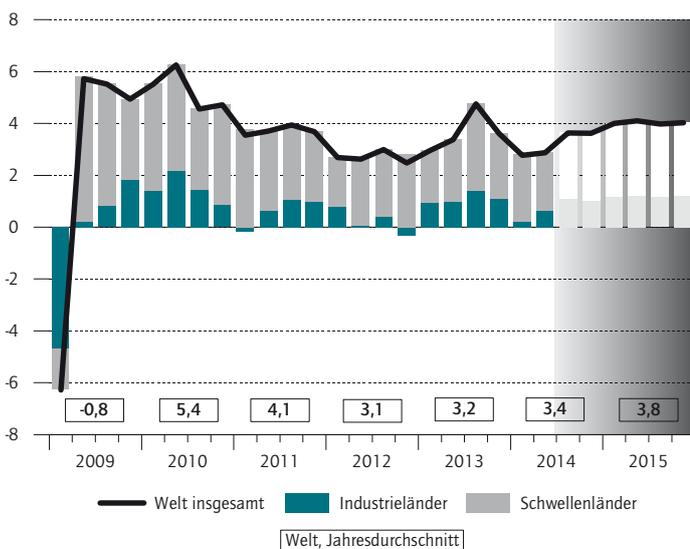
Insgesamt wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei 3,4 Prozent beziehungsweise 3,8 Prozent liegen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Zeitraum rund drei Prozent betragen.

Ein Risiko für die Prognose besteht in einer Verschärfung der Ukraine Krise. Dadurch kann es zu einer grö-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Für die Weltwirtschaft ist in den Jahren 2014 und 2015 mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Euroraum	-0,6	-0,4	0,7	1,1	2,5	1,3	0,6	1,0	11,3	12,0	11,6	11,4
Frankreich	0,4	0,4	0,3	0,5	2,0	0,9	0,6	0,7	9,7	10,3	10,3	10,2
Italien	-2,4	-1,8	-0,3	0,4	3,3	1,3	0,3	0,9	10,6	12,2	12,5	12,1
Spanien	-1,6	-1,2	1,2	1,8	2,4	1,4	0,2	0,4	24,8	26,1	24,6	23,4
Niederlande	-1,6	-0,7	0,6	1,5	2,8	2,6	0,6	1,0	5,2	6,7	7,0	6,5
Vereinigtes Königreich	0,3	1,7	3,0	2,5	2,8	2,6	1,9	2,0	8,0	7,5	6,2	5,8
USA	2,3	2,2	2,1	3,1	2,1	1,5	2,0	2,3	8,1	7,4	6,2	5,8
Japan	1,5	1,5	0,8	1,4	-0,1	0,4	2,7	0,9	4,3	4,0	3,7	3,8
Südkorea	2,3	3,0	3,5	3,8	2,2	1,3	1,6	2,1	3,2	3,1	3,3	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,3	2,4	3,6	3,1	5,9	4,2	4,2	4,1	9,4	9,6	9,1	9,0
Russland	3,3	1,4	0,3	0,5	5,1	6,7	6,4	6,8	5,4	5,5	5,3	5,4
China	7,7	7,7	7,5	7,3	2,7	2,6	2,1	2,5	4,0	3,9	3,8	3,8
Indien	4,8	4,7	5,3	5,4	4,8	4,7	5,8	6,9	-	-	-	-
Brasilien	1,0	2,5	0,3	1,8	5,4	6,2	6,3	5,5	5,5	5,4	5,1	5,1
Mexiko	3,7	1,3	2,4	3,9	4,1	3,8	3,9	3,6	5,0	4,9	4,9	4,8
Industrieländer	1,1	1,3	1,6	2,3	2,0	1,3	1,6	1,7	8,4	8,2	7,4	7,2
Schwellenländer	5,2	5,1	5,1	5,3	3,9	3,9	3,9	4,3	5,1	5,1	4,9	4,9
Welt	3,1	3,2	3,4	3,8	2,9	2,6	2,8	3,0	6,7	6,6	6,2	6,0

Quelle: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

ßeren Verunsicherung vor allem in Russland und anderen europäischen Staaten kommen. Ein weiteres Risiko besteht in einer früheren oder stärkeren Erhöhung der amerikanischen Leitzinsen. Dies könnte einen plötzlichen Anstieg der Renditen in den USA und einen darauf folgenden Kapitalabfluss aus den Schwellenländern nach sich ziehen. In einigen Ländern des Euroraums könnte es zudem aufgrund ausbleibender Reformen weiterhin hoher Schuldenstände und niedriger Inflation zu einer langanhaltenden Stagnation kommen.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal des laufenden Jahres kräftig – um annualisiert 4,2 Prozent – gestiegen (Abbildung 2). Das robuste Wachstum der US-Wirtschaft dürfte auch im weiteren Jahresverlauf und im kommenden Jahr bestehen bleiben, allerdings mit etwas geringeren Raten. Zum einen war der deutliche Anstieg im zweiten Quartal auch auf Nachholeffekte nach dem außergewöhnlich harten Winter zurückzuführen – im ersten Quartal war die US-Wirtschaft um 2,1 Prozent geschrumpft. Zum anderen dürfte die schleppende Erholung der Weltwirtschaft die konjunkturelle Entwicklung in den USA dämpfen.

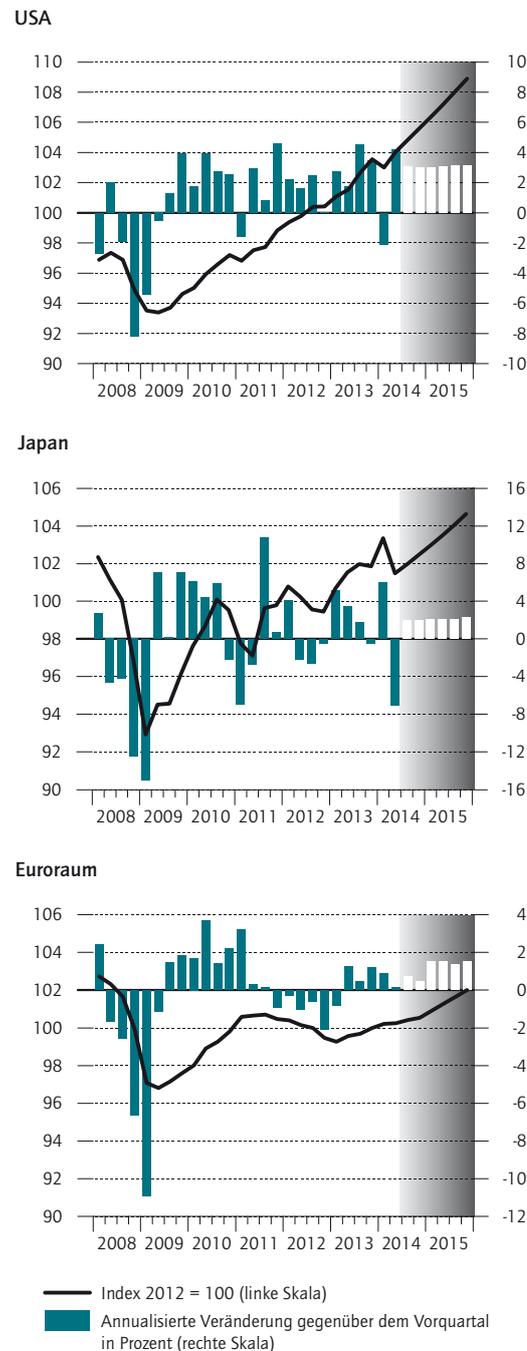
Wie in den vergangenen Quartalen wird auch im weiteren Jahresverlauf der private Konsum ein Wach-

tumstreiber der US-Wirtschaft sein und insbesondere durch die allmähliche Erholung am Arbeitsmarkt getragen werden (Abbildung 3). In den zurückliegenden zwölf Monaten wurden durchschnittlich 212 000 neue Stellen geschaffen. Dies konnte den Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mehr als ausgleichen. Nachdem der Zuwachs im ersten Quartal aufgrund des kalten Winters etwas geringer ausgefallen war, gab es im zweiten Quartal wieder mehr als 200 000 zusätzliche Stellen. Im August fiel der Anstieg mit 142 000 neuen Stellen wieder geringer aus. Die Arbeitslosenquote ist im Zuge dieser Entwicklung innerhalb eines Jahres um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im August noch bei 6,1 Prozent. Allerdings ist die Zahl der Personen, die sich zumindest vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, weiterhin hoch. Auch die Quote der Unterbeschäftigten – also der in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – verharrt auf einem hohen Niveau. Im Zuge der anhaltenden Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sind die real verfügbaren Einkommen in den vergangenen Quartalen leicht gestiegen (Abbildung 4). Dies wird sich in den kommenden Quartalen fortsetzen und den privaten Konsum stützen. Zudem deuten die Indizes für das Konsumentenvertrauen des Conference Boards und der Universität Michigan auf ein anhaltendes Konsumwachstum hin.

Abbildung 2

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum

In Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Konjunktur in der Eurozone kam zum Erliegen. Sondereffekte im zweiten Quartal trugen dazu bei, dass das Wachstum in den USA anzog, während es in Japan einbrach.

Die Unternehmen haben nach einer Stagnation im ersten Quartal zuletzt wieder deutlich mehr investiert. Auch in der zweiten Jahreshälfte werden sich die Investitionen vor dem Hintergrund einer steigenden Konsumnachfrage und der bis auf Weiteres historisch niedrigen Zinsen deutlich erhöhen. Die Importe werden – getrieben durch die private Konsumnachfrage und die Einfuhr von Vorleistungsgütern – steigen; die Wachstumsraten bleiben aber etwas unter jenen der Exporte. Das Handelsbilanzdefizit wird deshalb leicht zurückgehen. Auch der Wohnungsbau nimmt nach dem witterungsbedingten Einbruch im ersten Quartal wieder moderat zu. Die Anzahl der Baubeginne ist im Frühjahr wieder gestiegen. Die Preise für Einfamilienhäuser haben sich erhöht (Abbildung 5). Die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wird dem Wohnungsbau weitere positive Impulse verleihen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung dürfte die US-Notenbank damit fortfahren, die geldpolitische Ausrichtung weniger expansiv zu gestalten. Zum Ende des vergangenen Jahres hat sie damit begonnen, das Ausmaß der monatlichen Käufe von Staatsanleihen und Hypothekensicherheiten von ursprünglich 85 Milliarden Dollar schrittweise um zehn Milliarden pro Monat zu reduzieren; im August kaufte die Notenbank noch Wertpapiere im Umfang von 25 Milliarden Dollar. Es ist damit zu rechnen, dass das Quantitative-Easing-Programm der US-Notenbank im Herbst dieses Jahres auslaufen wird. Bei der Zinspolitik hingegen dürfte es im laufenden Jahr noch keine Änderung geben. Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich aber allmählich. Auch die Inflation ist zuletzt gestiegen und dürfte in den kommenden Quartalen bei etwas über zwei Prozent verharren. In der ersten Hälfte des Jahres 2015 wird die Notenbank deshalb wohl beginnen, ihre Leitzinsen schrittweise zu erhöhen. Insgesamt wird die Geldpolitik aber weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben. Auch die Finanzpolitik ist nach dem Abflauen der politischen Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt und die Anhebung der Schuldenobergrenze nicht mehr restriktiv ausgerichtet. Das Congressional Budget Office erwartet, dass das Defizit der Bundesregierung in diesem und im nächsten Fiskaljahr unter drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung liegen wird.

Alles in allem ist für die US-Wirtschaft für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 2,1 Prozent zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als einen Prozentpunkt auf 6,2 Prozent zurückgehen. Im Jahr 2015 wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 3,1 Prozent liegen und die Arbeitslosenquote weiter sinken.

Japan

Das japanische Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal 2014 um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gesunken, nach einem Anstieg von 1,5 Prozent in der Periode zuvor. Die starken Schwankungen sind vor allem auf die Anhebung der Verbrauchssteuer von fünf auf acht Prozent im April zurückzuführen. Vorzieheffekte hatten im ersten Quartal das Wachstum noch beflügelt. Dies betrifft in erster Linie die privaten Konsumausgaben, die nach einem Plus von rund zwei Prozent zum Jahresauftakt um fast fünf Prozent eingebrochen sind. Aber auch die Investitionen der Unternehmen, die sich stark an den Absatzaussichten auf dem Binnenmarkt orientieren, waren rückläufig. Infolge sinkender Importe war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zuletzt positiv.

Die Konsumentenpreise sind im Juli um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Dies ist aber auf die Steueranhebung zurückzuführen; bereits im kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate wieder unter ein Prozent sinken. Dabei spielt eine tendenziell schwache Nachfrage die entscheidende Rolle. Trotz der zunehmenden Verknappung des Arbeitskräfteangebots und anziehender Unternehmensgewinne ist der Lohnanstieg bisher recht verhalten ausgefallen. Darüber hinaus scheinen die Unternehmen nicht von der Nachhaltigkeit des Aufschwungs überzeugt, was sich unter anderem am rückläufigen Tankan-Index ablesen lässt.

Insgesamt betrachtet wird die japanische Wirtschaft im Prognosezeitraum nur mit geringen Raten expandieren. Einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent im Jahr 2014 dürfte im Zuge einer allmählichen Erholung der Weltkonjunktur im nächsten Jahr ein Wachstum von 1,4 Prozent folgen.

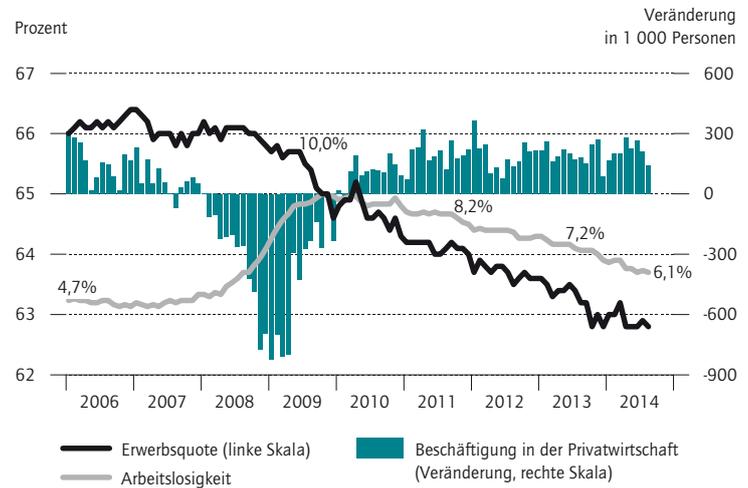
China

Die Produktion in China hat im zweiten Quartal des Jahres um zwei Prozent gegenüber dem Vorquartal zugelegt, nach 1,5 Prozent im ersten Vierteljahr. Damit setzt sich der Aufschwung in dem von der Regierung angestrebten Tempo fort. Allerdings haben im zweiten Quartal vorgezogene Staatsausgaben zur Modernisierung des Schienennetzes die Entwicklung gestützt. Während die private inländische Nachfrage nur schwach expandierte, kamen positive Impulse zuletzt vor allem vom Außenhandel. Insbesondere die Exporte von Nahrungsmitteln nach Russland sind im Zuge der Ukraine Krise in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen.

Das investitionsorientierte Wachstum der Vergangenheit, das zu einer Investitionsquote von 50 Prozent geführt hat, soll durch ein konsumorientiertes Wirtschafts-

Abbildung 3

Arbeitsmarktsituation in den USA
Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



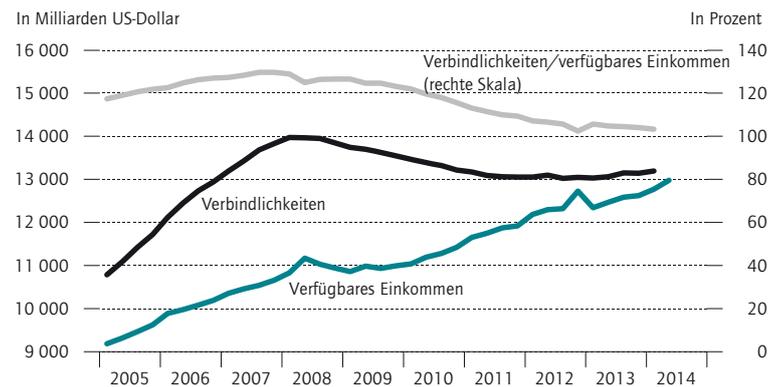
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2014

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist deutlich zurückgegangen.

Abbildung 4

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA
Index, Jan. 2008=100



Quellen: Federal Reserve, Bureau of Economic Analysis.

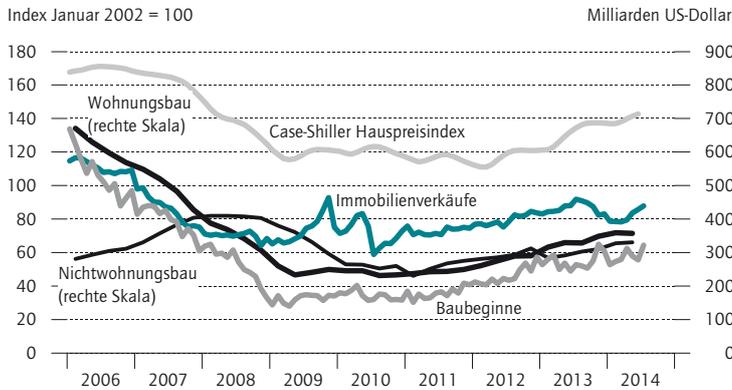
© DIW Berlin 2014

Die Einkommen der US-Haushalte steigen im Trend. Dies stützt die Konsumententwicklung.

modell abgelöst werden. Daher hat die Regierung die Kreditvergabe der Banken erschwert, um die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und Überkapazitäten einzudämmen. Dies hat auch die Immobilienpreise unter Druck gesetzt. Dabei dürften die Wirkungen fallen-

Abbildung 5

Immobilienmarkt in den USA
Index Januar 2002=100; Mrd. US\$



Quellen: Bureau of the Census, NAR, S&P, Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2014

Die Erholung am Immobilienmarkt setzt sich fort.

der Hauspreise auf den privaten Konsum recht begrenzt bleiben, auch weil die Finanzmärkte stark reguliert sind.

Die Einkaufsmanagerindizes deuten auf eine Fortsetzung des Wachstums hin, wenn auch mit abgeflachtem Tempo. Sollte die Dynamik spürbar nachlassen, ist anzunehmen, dass die Regierung ihr Wachstumsziel von 7,5 Prozent weitgehend beibehält und die Staatsausgaben bei Bedarf ausweitet. So dürfte die Produktion in diesem Jahr um 7,5 Prozent steigen. Im nächsten Jahr ist eine etwas schwächere Rate von 7,3 Prozent zu erwarten, weil der Umbau der chinesischen Wirtschaft die Expansion bremst.

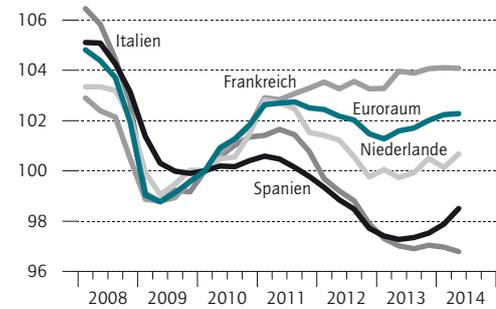
Euroraum

Die leichte Erholung der Wirtschaft im Euroraum ist im zweiten Quartal zum Stillstand gekommen (Abbildung 6). Während die Investitionen zurückgingen, stiegen der Außenhandelsbeitrag sowie die Konsumausgaben. Die Stimmungsindikatoren weisen jedoch darauf hin, dass sich die Zunahme des Konsums in der zweiten Jahreshälfte nicht fortsetzen dürfte. Die geopolitischen Spannungen verunsichern in zunehmendem Maß die Konsumenten und Unternehmen (Abbildung 7). So haben sich die Exporterwartungen zuletzt etwas eingetrübt; auch die Auftragseingänge gingen leicht zurück.

Zwar sind in Ländern, die besonders schwer von der Krise im Euroraum betroffen waren, wie Spanien, Portugal und Irland, die Wachstumsraten zunehmend positiv – wohl auch, weil die durch die Krise erzwungenen Reformen allmählich Früchte tragen. Die Arbeits-

Abbildung 6

Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa
Index 1. Quartal 2010 = 100



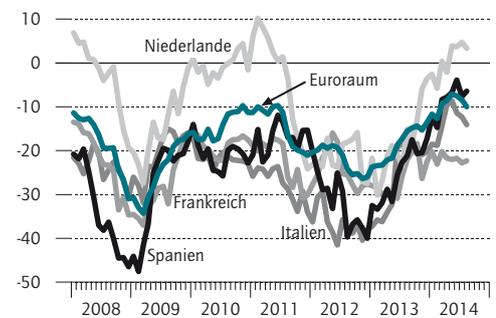
Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Im Euroraum hat sich die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt abgekühlt.

Abbildung 7

Konsumentenzuversicht in Europa
Indexpunkte, Abweichung vom langjährigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2014

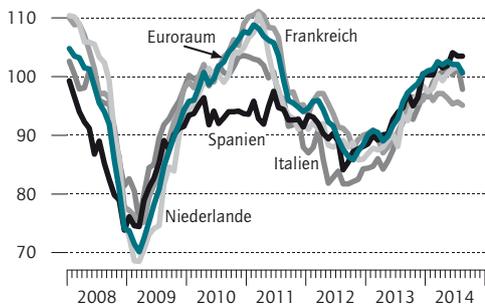
Die Konsumenten sind weniger zuversichtlich als zu Beginn des Jahres.

losigkeit baut sich weiter ab, und der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung weist drauf hin, dass sich diese Entwicklung im Prognosezeitraum fortsetzt (Abbildung 8). Hingegen treten Frankreich und Italien, die nicht in vergleichbarem Maß durch die Krise betroffen waren und daher kaum weitreichende Reformen durchgeführt haben, weiterhin auf der Stelle. Sie sorgen durch ihr starkes Gewicht dafür, dass der Euroraum insgesamt nicht vorankommt.

Für den Euroraum ist für dieses Jahr mit einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent zu rechnen. Im kommenden

Abbildung 8

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage
Index (Durchschnitt 1990-2010 = 100)



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2014

Der Indikator signalisiert, dass die Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung Bestand hat.

Jahr dürfte die Zunahme der Wirtschaftsleistung mit 1,1 Prozent höher liegen.

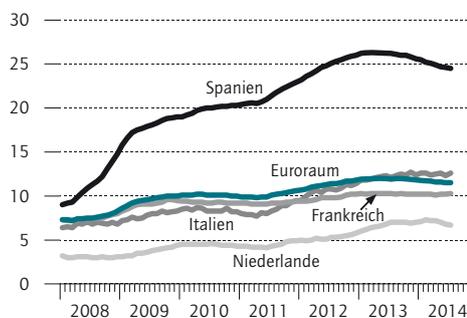
Im September senkte die Europäische Zentralbank den Leitzins um zehn Basispunkte auf 0,05 Prozent. Realwirtschaftliche Auswirkungen sind hiervon kaum zu erwarten. Dieser Schritt verdeutlicht jedoch die Bereitschaft der Notenbank, angesichts des steigenden Deflationsrisikos alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen. Des Weiteren wurde das Programm zum Aufkauf von Kreditverbriefungen (ABS) und Pfandbriefen beschlossen. Ab Oktober können Banken ausstehende Forderungen aus Unternehmenskrediten somit an die Europäische Zentralbank verkaufen. Die Notenbank möchte durch diesen Schritt die Bankbilanzen entlasten und dadurch zu einer stärkeren Kreditvergabe beitragen. Die Wirkung des Programms ist jedoch noch nicht abzusehen.¹ So sind viele Details des Programms noch nicht bekannt. Unklar sind etwa das potenzielle Ankaufsvolumen und die Risikoanforderungen an die Verbriefungen.

Im August ist die jährliche Inflationsrate auf 0,3 Prozent gesunken. Sie befindet sich seit nunmehr über einem Jahr in einem Bereich, der mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank nicht vereinbar ist. Das Deflationsrisiko ist weiterhin hoch, auch weil die Inflationserwartungen im Euroraum nicht mehr aus-

¹ Bernoth, K., Fratzscher, M., König, P., Rabe, K. (2014): Inflationserwartungen im Euroraum sind nicht mehr fest verankert – neue Maßnahmen der EZB-Geldpolitik. DIW Wochenbericht Nr. 37/2014, 856-867.

Abbildung 9

Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich
In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Der Abbau der Arbeitslosigkeit stagniert.

reichend verankert sind. Im Zuge der sich belebenden Weltwirtschaft dürften die Preise im Prognosezeitraum wieder stärker steigen. So ist für dieses Jahr mit einer Teuerung von 0,6 Prozent und für das nächste Jahr von 1,0 Prozent zu rechnen.

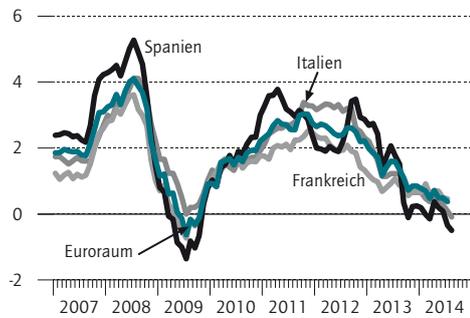
Frankreich

Die französische Wirtschaft tritt seit nunmehr einem halben Jahr auf der Stelle. Sowohl der Außenhandel als auch die Investitionstätigkeit haben das Wachstum im zweiten Quartal gebremst. Der private Konsum und die öffentliche Nachfrage legten indes zu.

Die private Konsumnachfrage dürfte in den kommenden Quartalen aber kaum mehr stützend wirken. Unsicherheit bezüglich der künftigen Einkommens- und Vermögensentwicklungen – auch aufgrund fehlenden Vertrauens in die Regierung – schlagen sich deutlich in den Stimmungsindikatoren nieder. So bewegt sich der Indikator der Europäischen Kommission für die Konsumentenstimmung seit November 2013 seitwärts, und auch die Einschätzung der Konsumenten bezüglich der wirtschaftlichen Lage über die nächsten zwölf Monate zeigt keine Verbesserung an. Hinzu kommt, dass die Erwerbslosenquote im Juli auf 10,3 Prozent zunahm (Abbildung 9). Zwar ist das verfügbare Einkommen zuletzt im Jahresvergleich weiter gestiegen (um 0,9 Prozent im zweiten Quartal), das Plus lag jedoch nur noch leicht über dem Preisauftrieb von 0,6 Prozent (Abbildung 10). Im dritten Quartal dürfte die Teuerung weiter auf 0,5 Prozent gesunken sein. Unter der Annahme, dass die politische Unsicherheit im ersten Halbjahr des

Abbildung 10

Inflation im europäischen Vergleich
In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Die Inflation im Euroraum ist deutlich gesunken; die Gefahr einer Deflation ist nicht von der Hand zu weisen.

kommenden Jahres allmählich nachlässt, wird sich der private Konsum dynamischer entwickeln.

Die Investitionen sind seit nunmehr einem Jahr rückläufig. Angesichts der politischen Spannungen und der geopolitischen Unsicherheiten trübt sich das Industrievertrauen weiter ein. Die Industrieproduktion stagniert, und die Kapazitäten sind weiter unterausgelastet. In diesem Umfeld dürften die Investitionen im dritten und vierten Quartal zunächst weiter zurückgehen. Im Zuge der abklingenden Unsicherheit dürften sie sich dann in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stabilisieren und im folgenden leicht zunehmen. Darauf deuten die Auftragseingänge hin, die bereits seit längerem einem positiven Trend folgen. Auch die Exportmöglichkeiten werden von den Unternehmen zunehmend positiv bewertet. Die schwache Binnennachfrage sowie die geringe Investitionstätigkeit führen hingegen zu einer wenig dynamischen Entwicklung der Importe. Insgesamt sind daher leicht positive Wachstumsbeiträge des Außenhandels zu erwarten.

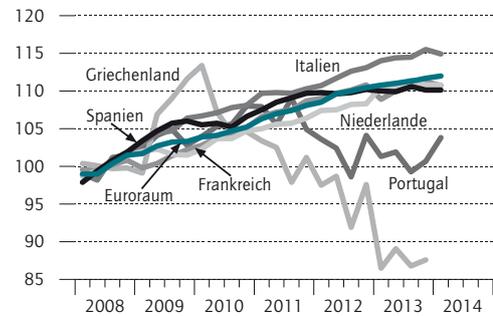
Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in Frankreich im Jahr 2014 um lediglich 0,3 Prozent steigen. Im Jahr 2015 dürfte das Wachstum nur leicht darüber liegen.

Italien

In Italien hat sich die wirtschaftliche Lage zuletzt wieder eingetrübt. Die Wirtschaftsleistung ist im zweiten Quartal um 0,2 Prozent geschrumpft. Insbesondere die schwachen Investitionen und ein negativer Außenbeitrag durch anziehende Importe trugen zu dem Rück-

Abbildung 11

Arbeitskostenindex im europäischen Vergleich
Index, 2008 = 100



Quelle: Eurostat

© DIW Berlin 2014

Die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer verbessert sich.

gang bei. Im weiteren Verlauf ist mit einer weiterhin schwachen Entwicklung zu rechnen, da notwendige strukturelle Reformen bislang ausgeblieben sind.

Der private Konsum legte geringfügig zu. Für die kommenden Quartale ergibt sich ein gemischtes Bild: Auf der einen Seite stützt eine Steuerentlastung von 6,9 Milliarden Euro bis zum Jahr 2018 für Geringverdiener den Konsum. Dies entspricht einem Impuls von jährlich etwa 0,11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zudem stiegen die Löhne zuletzt erneut leicht an. Auf der anderen Seite geht dies im Zusammenspiel mit einer schwachen Produktivitätsentwicklung und einem wenig flexiblen Arbeitsmarkt zulasten der Beschäftigung; im August stieg die Arbeitslosenquote auf 12,6 Prozent. Insgesamt entwickelt sich die Kaufkraft damit nur leicht positiv. Hinzu kommt, dass das Konsumentenvertrauen seit Juni stetig abnimmt. Alles in allem dürfte der private Konsum in den kommenden Quartalen nur wenig zum Wachstum beitragen.

Der Rückgang bei den privaten Investitionen verlangsamte sich zuletzt etwas. Vor allem die Exportwirtschaft entwickelt sich wenig dynamisch; die geringe und weiter zurückgehende Wettbewerbsfähigkeit belastet die Absätze und somit die Investitionen. Die Arbeitskosten steigen weiter (Abbildung 11), während die Produktivität stagniert. In der zweiten Jahreshälfte dürften die geopolitischen Spannungen einen leicht dämpfenden Effekt auf die Investitionstätigkeit haben. Auch für das kommende Jahr sind keine großen Impulse von den Investitionen zu erwarten, da die Kapazitätsauslastung auf einem sehr niedrigen Niveau verharret. Die Finanzierungsbedingungen haben sich laut Umfrage der EZB im Juli leicht ver-

bessert. Die geldpolitischen Maßnahmen der vergangenen Monate dürften eine weitere leichte Entspannung mit sich bringen. Frühestens ab Frühjahr 2015 sind allmählich steigende Investitionen zu erwarten.

Ein Anstieg bei den Importen um knapp ein Prozent hat bei zuletzt konstanten Exporten einen negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels ergeben. Die Importe haben aufgrund der positiven Entwicklung des privaten Verbrauchs angezogen. Aufgrund der geringen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum keine substantielle Belebung der Exporttätigkeit zu erwarten. Insgesamt dürfte somit der Außenhandel im Prognosezeitraum nicht zum Wirtschaftswachstum in Italien beitragen.

Die Finanzpolitik dürfte insgesamt weiterhin restriktiv ausgerichtet sein. Mit einem Defizit von unter drei Prozent wird Italien im Jahr 2014 das Defizitkriterium des Maastrichtvertrags wohl einhalten. Konsolidierungsbedarf besteht indes weiterhin, da Italien mit einer Staatsverschuldung in Höhe von 135 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 eine der höchsten Schuldenstandsquoten in der Währungsunion aufweist. Die niedrige Inflation – im Juli lag die Rate bei 0,1 Prozent – trägt zudem kaum zu einem Abbau der realen Schuldenbelastung bei. Die Ausrichtung der Finanzpolitik wird sich im Prognosezeitraum kaum ändern.

Alles in allem dürfte die italienische Volkswirtschaft im Prognosezeitraum kaum mehr als stagnieren. Im Jahr 2014 sinkt die Wirtschaftsleistung leicht. Im Zuge einer leichten Belebung des privaten Konsums und der Investitionen dürfte im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von knapp einem halben Prozent erreicht werden.

Spanien

In Spanien hat sich die wirtschaftliche Erholung das vierte Quartal in Folge fortgesetzt. Im zweiten Quartal legte die Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent zu. Zu dem stärksten Anstieg seit 2007 trugen vor allem der private Verbrauch sowie die Investitionen bei.

Der sich fortsetzende Beschäftigungsaufbau geht einher mit einer positiven Konsumentenstimmung und erklärt den vierten deutlichen Anstieg der privaten Konsumausgaben in Folge. Das reale verfügbare Einkommen lässt aber noch keinen Aufwärtstrend erkennen, so dass die Ausweitung des privaten Verbrauchs bisher ausschließlich durch eine sinkende Ersparnisbildung finanziert wird. Im weiteren Verlauf wird sich im Zuge der günstigen Arbeitsmarktentwicklung die Lohnsumme erhöhen und zu einem dynamischen Verlauf des privaten Verbrauchs beitragen.

Die Ausrüstungsinvestitionen legten im zweiten Quartal weiter zu. Diese Entwicklung dürfte sich auch in den kommenden Quartalen fortsetzen. So schätzten die spanischen Unternehmen ihre Lage zuletzt vor sechs Jahren ähnlich positiv ein. Auch der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe liegt weiterhin über der Expansionsschwelle. Hinzu kommt, dass die Kreditvergabe der Banken weniger restriktiv ist als noch vor einem Jahr. Da sich die Wettbewerbssituation der spanischen Unternehmen – gemessen an der Arbeitsproduktivität und dem Arbeitskostenindex – weiter verbessert, wird sich die positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wohl fortsetzen (Abbildung 11). Die Bauinvestitionen legten im zweiten Quartal erstmals seit 2007 wieder zu; die Baugenehmigungen und die Produktion im Baugewerbe sind gestiegen. Bei den Hauspreisen dürfte der Tiefpunkt erreicht sein, und auch die Stimmung in der Bauwirtschaft hat sich in den letzten Monaten deutlich aufgehellt. Im Prognosezeitraum sind daher im Durchschnitt wieder niedrige positive Wachstumsraten der Bauinvestitionen zu erwarten.

Die Exporte haben im zweiten Quartal um 1,3 Prozent zugelegt. Zwar ist auch weiterhin mit einer Zunahme der Exporte zu rechnen. Aufgrund der geopolitischen Unsicherheit dürfte diese Entwicklung jedoch weniger dynamisch verlaufen – darauf deuten auch die Exporterwartungen hin. Im Verlauf des Jahres 2015 wird die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit in einem günstigeren globalen Umfeld zu höheren Wachstumsraten der Exporte führen. Da sich die inländische Nachfrage positiv entwickelt, dürften aber auch die Importe weiter zulegen. Vom Außenbeitrag sind daher kaum positive Wachstumsbeiträge zu erwarten.

Insgesamt wächst die spanische Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um 1,2 Prozent. Im Jahr 2015 dürfte das Wachstum mit 1,8 Prozent etwas stärker ausfallen.

Niederlande

Die Wirtschaftsleistung in den Niederlanden ist im zweiten Quartal um 0,5 Prozent gestiegen. In den kommenden Quartalen dürfte sich der moderate Aufschwung fortsetzen.

Der private Konsum nahm zuletzt leicht zu und dürfte bis ins kommende Jahr hinein leicht an Dynamik gewinnen. Darauf weist die sich seit Mitte vergangenen Jahres stetig aufhellende Konsumentenstimmung hin. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung zunimmt. Im zweiten Quartal wurden etwa 50 000 neue Stellen geschaffen. Die Erwerbslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozentpunkte auf sieben Prozent. Auch die sich fortsetzende Entspannung auf dem Immobilienmarkt dürfte den privaten Verbrauch stützen. Die Im-

mobilenpreise stiegen im zweiten Quartal zum zweiten Mal in Folge und beenden damit eine dreijährige Phase fallender Preise.

Die Exporte sind derzeit Wachstumstreiber. Sie legten zuletzt um 0,6 Prozent zu. Das kräftige Wachstum auf den für die Niederlande besonders wichtigen Absatzmärkten in den USA und Großbritannien kompensieren dabei die Schwäche im Euroraum. Von Sanktionen gegen Russland im Rahmen des Ukraine Konflikts sind insbesondere die niederländische Agrarindustrie sowie deren Zulieferer betroffen; die Exporte nach Russland haben jedoch nur einen geringen Anteil an den gesamten Agrarausfuhren. Durch die noch leicht gedämpfte Entwicklung des inländischen Verbrauchs dürften die Exporte im Prognosezeitraum weiter kräftiger zulegen als die Importe. Damit sind vom Außenhandel positive Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft zu erwarten.

Die Investitionen gingen zuletzt um 0,6 Prozent zurück. Für den weiteren Verlauf ist mit einer allmählichen Erholung zu rechnen. So stieg zuletzt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Der Rückgang in der Industrieproduktion kam zum Stillstand, im zweiten Quartal lag die Produktion etwas über dem Vorquartal. Insbesondere aus der Exportwirtschaft dürften in den kommenden Quartalen zunehmend stärkere Impulse kommen, so dass ab Frühjahr 2015 auch mit leicht steigenden Investitionen zu rechnen ist.

Die Finanzpolitik dürfte weniger expansiv ausgerichtet sein, da angesichts eines leicht steigenden Defizits in den öffentlichen Haushalten im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 die Drei-Prozent-Grenze nur knapp erreicht wird.

Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum in den Niederlanden aufgrund des schwachen Jahresauftaktes voraussichtlich bei 0,6 Prozent liegen. Für das kommende Jahr sind dann im Zuge der stärkeren Investitionstätigkeit und positiver Außenhandelsbeiträge etwa eineinhalb Prozent zu erwarten.

Vereinigtes Königreich

Das kräftige Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich setzt sich fort. Im zweiten Quartal 2014 legte das Bruttoinlandsprodukt erneut um 0,8 Prozent zu. Die Binnenwirtschaft nimmt im Prognosezeitraum Fahrt auf und dürfte den Außenhandel als Wachstumstreiber nach und nach ablösen.

Die Beschäftigung nimmt weiter zu; im zweiten Quartal wurden 167 000 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Arbeitslosigkeit fiel im selben Zeitraum auf 6,4 Prozent,

den tiefsten Stand seit fünf Jahren. Auch das Konsumentenvertrauen bleibt weiterhin aufwärts gerichtet. Damit scheint die Zuversicht in den Aufschwung bei den britischen Verbrauchern angekommen zu sein. Kurzfristig dürfte die noch schwache Reallohnentwicklung die kräftige Zunahme der Beschäftigtenzahlen unterstützen. Mit zunehmend anziehenden Reallöhnen wird sich diese Entwicklung im Prognosezeitraum jedoch abschwächen.

Die Rahmenbedingungen für Investitionen bleiben günstig. Die Einkaufsmanagerindizes für das Dienstleistungsgewerbe, das verarbeitende Gewerbe und den Bausektor deuten auf eine Fortsetzung der Expansion hin. Für Bau und Dienstleistungen zeichnet sich sogar eine weitere Beschleunigung ab, während das verarbeitende Gewerbe etwas an Dynamik einbüßen dürfte. Die Industrieproduktion steigt seit gut eineinhalb Jahren mit Raten von etwa zwei Prozent. Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland haben am aktuellen Rand nochmals zugelegt. So dürfte die Auslastung der bestehenden Anlagen steigen und der Investitionstätigkeit zusätzliche Dynamik verleihen. Hinzu kommt, dass die Finanzierungsbedingungen günstig sind.

Die Außenhandelsbilanz dürfte im zweiten Quartal weiter ins Minus gerutscht sein. Dafür waren schwache Exporte aufgrund einer zögerlichen Erholung im Euroraum und eines starken Wechselkurses des Pfund Sterling verantwortlich. Im Zuge der wieder stärkeren Entwicklung auf den Absatzmärkten USA und Euroraum dürften die Exporte im laufenden Quartal wieder deutlich steigen, zumal das Pfund aufgrund der Unsicherheit im Vorfeld des schottischen Unabhängigkeitsreferendums am 18. September leicht abgewertet hat. Ab dem Jahresende dürfte die Exportdynamik wieder etwas nachlassen. Gleichzeitig wird im kommenden Jahr die binnenwirtschaftliche Erholung wohl ein noch stärkeres Anziehen der Importe zur Folge haben; damit trägt der Außenhandel dann leicht negativ zum Wachstum bei.

Die Geldpolitik ist derzeit noch expansiv ausgerichtet. Ein Ausstieg aus dieser Politik ist jedoch für die erste Jahreshälfte 2015 zu erwarten. Der Zugang für Banken zum Programm der englischen Notenbank zur Ankurbelung der Kreditvergabe an Unternehmen (*Funding for Lending*) bleibt bis Januar 2015 erhalten. Für das Frühjahr ist mit einer allmählichen Anhebung des Leitzinses von derzeit 0,5 Prozent zu rechnen. Die Inflationsrate lag im August bei 1,6 Prozent und dürfte in den kommenden Monaten nur allmählich steigen. Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum weiter restriktiv ausgerichtet; die Defizitquote dürfte mit etwa fünf Prozent im Jahr 2014 jedoch weiterhin weit von der im Maastricht-Vertrag verankerten Drei-Prozent-Grenze entfernt liegen.

Die Risiken hoher Preisvolatilität am britischen Immobilienmarkt bleiben angesichts regional sehr hoher Preisanstiege bestehen. Ein großes konjunkturelles Risiko erwächst auch aus dem schottischen Unabhängigkeitsreferendum. Sollte sich Schottland für einen Austritt aus dem Vereinigten Königreich entscheiden, würde dies Investoren erheblich verunsichern.

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs dürfte im laufenden Jahr insgesamt um kräftige drei Prozent wachsen. Im kommenden Jahr werden noch 2,4 Prozent erreicht.

Mittel- und Osteuropa

Die Ukraine Krise wirkt sich weiterhin auf die Entwicklung der russischen Wirtschaft aus. Im Vergleich zum Vorquartal stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2014. In den ersten sieben Monaten 2014 lag es nur noch 0,7 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Die Investitionen waren im Vorjahresvergleich rückläufig. Der private Konsum dürfte noch etwas zugelegt haben; hierfür spricht der leichte Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes bei nur geringfügig gestiegenen Realeinkommen. Der Export ist in der Vergleichsperiode leicht und der Import deutlich zurückgegangen. Dies betraf insbesondere die Einfuhr aus den GUS-Ländern. Der Import aus der Ukraine ist dabei um gut ein Fünftel geschrumpft, während der Export in die Ukraine um fast ein Viertel gestiegen ist. Nachdem es der russischen Zentralbank im zweiten Quartal zunächst gelungen war, den Kurs des Rubels gegenüber dem Dollar zu stabilisieren, konnte die Anfang Juli einsetzende Abwertung auch nicht durch die zum Monatsende beschlossene Anhebung des Leitzinses um 0,5 Prozentpunkte auf acht Prozent gestoppt werden. Bis Anfang September wertete der Rubel um weitere 4,5 Prozent ab. Auch der Kapitalexport hält an, wenngleich der Abzug der Finanzmittel im zweiten Quartal deutlich geringer war als während des Konfliktes um die Krim im Frühjahr. Die Ukraine Krise wird die Investitionstätigkeit auch im weiteren Jahresverlauf dämpfen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dieses Jahr um 0,3 Prozent steigen. Im Folgejahr wird die Wachstumsrate mit 0,5 Prozent wohl nur unwesentlich höher sein – und auch das nur, sofern es nicht zu einer weiteren Eskalation der politischen Spannungen kommt.

Die Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften wurde im ersten Halbjahr 2014 kaum von der Ukraine Krise beeinträchtigt. In den meisten Ländern lag die Wachstumsrate deutlich über der ihrer westlichen Nachbarländer. Die zum 1. August verhängten Sanktionen der EU im Handel mit Russland und das im Gegenzug von Russland verhängte Importverbot bei Lebensmitteln werden sich in den meisten Ländern in

einer ersten Runde zwar bei einzelnen Produkten, kaum hingegen auf die Gesamtwirtschaft auswirken. Die Anteile der Exporte nach Russland an den Gesamtexporten liegen in den meisten der mittel- und osteuropäischen EU-Länder nur zwischen 2,5 Prozent und 5,5 Prozent.² Der Anteil der unter das Importverbot fallenden Lebensmittel am jeweiligen Gesamtexport liegt sogar unter einem Prozent.³ Mittel- und osteuropäische Länder, insbesondere das Baltikum und Bulgarien, wären allerdings stark betroffen, falls Russland im Zuge einer Verschärfung der Krise im kommenden Winter mit Einschränkungen von Energielieferungen reagiert.⁴ Die anhaltende Ukraine Krise dürfte im weiteren Jahresverlauf aufgrund der damit einhergehenden Unsicherheit die Investitionstätigkeit beeinträchtigen, die im ersten Halbjahr in einigen der mittel- und osteuropäischen Länder noch entscheidend zum Wachstum beitrug.

Polen hat seinen Wachstumskurs nach einem starken Jahresauftakt (+1,1 Prozent) im zweiten Quartal mit einer geringeren Wachstumsrate (+0,6 Prozent) fortgesetzt. Das Wachstum stützte sich überwiegend auf die zunehmende Binnennachfrage. Insbesondere die Investitionen haben deutlich zugenommen, dürften aber im unsicheren Umfeld der Ukraine Krise in der zweiten Jahreshälfte etwas gedämpft werden. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Monaten gesunken und dürfte im Prognosezeitraum weiter zurückgehen; der private Konsum wird im Zuge dessen wohl leicht expandieren. Im Außenhandel konnten die rückläufigen Exporte an die östlichen Nachbarländer im ersten Halbjahr durch eine Ausweitung des Handels mit EU- und Schwellenländern aufgefangen werden. Insgesamt dürfte die polnische Volkswirtschaft in diesem und im nächsten Jahr merklich wachsen.

In Tschechien stagnierte die Wirtschaft im zweiten Quartal 2014 nach einem infolge des milden Winters und hoher Exporte guten Auftaktquartal. Im zweiten Quartal haben die Exporte nicht mehr zum Wachstum beigetragen. Die Investitionstätigkeit, die im vergangenen Jahr stark rückläufig war, hatte sich im ersten Quartal zwar etwas erholt, ist aber im zweiten Quartal wieder zurückgegangen. Der private Konsum konnte leicht zulegen. Im weiteren Verlauf dürften Reallohnsteigerungen und die in den vergangenen Monaten deutlich sinkende Arbeitslosenquote den privaten Konsum stützen.

² Eine Ausnahme ist allerdings das Baltikum mit deutlich höheren Anteilen am Gesamtexport von 11,5 Prozent in Estland, etwa 16 Prozent in Lettland und fast 20 Prozent in Litauen.

³ Mit Ausnahme von Litauen (3,7 Prozent), vgl. Simola, H. (2014): Russia's restrictions on food imports. BOFIT Policy Brief, No. 9/2014.

⁴ Vgl. hierzu auch Engerer, H. et al. (2014): Europäische Erdgasversorgung trotz politischer Krisen sicher. DIW Wochenbericht Nr. 22/2014, 479-492.

Insgesamt wird die tschechische Wirtschaft in diesem Jahr leicht und im kommenden Jahr stärker wachsen.

In Ungarn ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,8 Prozent gestiegen und damit etwas weniger stark als im Vorquartal (1,1 Prozent). Der Anstieg im zweiten Quartal ist vor allem auf eine Zunahme der Investitionen zurückzuführen; der Konsum erholte sich nur leicht und auch die Exporte trugen nur geringfügig zum Wachstum bei. Die leicht sinkende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Erwerbstätigkeit und steigende Realinkommen werden im weiteren Verlauf den privaten Konsum stützen. Die Investitionen werden indes weniger stark zulegen. Zwar hat die Zentralbank ihre Politik einer schrittweisen Senkung des Leitzinses bis Ende Juli fortgesetzt; der Leitzins liegt seitdem bei 2,1 Prozent. Das unsichere Umfeld dürfte aber die Investitionstätigkeit dämpfen. Im laufenden und im kommenden Jahr wird die ungarische Wirtschaft merklich wachsen.

Der Ukraine Konflikt hatte bislang geringe direkte Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei.

Demgegenüber wirken sich die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten erkennbar auf den Handel der Türkei aus. Die türkischen Exporte in den Irak, den zweitgrößten Handelspartner der Türkei, lagen in den Monaten Juni bis August deutlich unter dem der Vormonate. Der Rückgang konnte zwar teilweise durch steigende Ausfuhren – auch in die EU – aufgefangen werden. Dennoch ist das Handelsbilanzdefizit leicht gestiegen und das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,5 Prozent gesunken. Die Entwicklung von Konsum und Investitionen war im zweiten Quartal leicht rückläufig. Die Arbeitslosigkeit verharrt bei acht Prozent. Die Teuerungsrate ist seit Sommer wieder gestiegen. In diesem Umfeld dürfte sich die Konsumnachfrage in der zweiten Jahreshälfte kaum erholen, und auch die Investitionen werden nur wenig zulegen. Insbesondere dürften sich ausländische Investoren aufgrund der Unsicherheit über die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten mit ihrem Engagement in der Region zurückhalten. Die türkische Wirtschaft wird im laufenden Jahr etwas schwächer als im Vorjahr zulegen.

Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich nach Dämpfer fort

Nach einer vorübergehenden Eintrübung wird die deutsche Wirtschaft wohl wieder auf einen Aufwärtstrend einschwenken (Abbildung 12). Allerdings wird sie nur wenig Fahrt aufnehmen, denn die Weltkonjunktur entwickelt sich verhalten. Hinzu kommt, dass die Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Krisen den Außenhandel und die Investitionen bis zum Ende dieses Jahres dämpfen dürfte. Vor allem die deutsche Industrie wird wegen der Ausrichtung auf Investitionsgüter von der Ausgabenzurückhaltung – auch in anderen europäischen Ländern – betroffen sein.

Angenommen wird, dass sich die Unsicherheit zum Jahreswechsel auflöst. Die deutsche Wirtschaft expandiert dann wieder etwas kräftiger (Tabelle 2), zumal sowohl im In- als auch im Ausland zuvor zurückgestellte Investitionen nachgeholt werden; das regt auch die deutschen Exporte an (Tabelle 3).

Nach wie vor gibt vor allem die steigende Auslandsnachfrage Wachstumsimpulse; da sich der Euroraum allmählich von der langanhaltenden Rezession erholen dürfte, fallen die Zuwächse etwas höher aus als in den vergangenen beiden Jahren. Die Importe entwickeln sich ähnlich dynamisch, auch weil die Binnennachfrage anzieht. Der Außenbeitrag wird in Relation zur Wirtschaftsleistung

im Prognosezeitraum etwas höher liegen als im Jahr 2013; der Überschuss der Leistungsbilanz wird im Zuge dessen ebenfalls leicht steigen, auf knapp sieben Prozent in beiden Jahren. Die Investitionen, die im Winterhalbjahr 2013/14 deutlich zugelegt hatten, werden durch die Unsicherheit vorübergehend gedämpft, bleiben im Prognosezeitraum aber insgesamt aufwärtsgerichtet. Bei anziehender Auslands- und Inlandsnachfrage werden die Investitionen kräftig steigen. Auch die Baukonjunktur verläuft weiterhin dynamisch. Diese Entwicklung wird durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Auch der Konsum dürfte merklich expandieren, denn alles in allem bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt gut.

Im Zuge der expandierenden Produktion dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen, wenngleich er etwas an Schwung verliert. Die Unternehmen begegnen der steigenden Nachfrage wohl auch dadurch, dass sie die Arbeitszeit ausweiten. Die Beschäftigung steigt in diesem Jahr um 330 000, im kommenden um 120 000 Personen. Die Entwicklung wird durch die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gedämpft; dabei ist unterstellt, dass sich dieser Effekt auf etwa 100 000 Personen beläuft. Die Löhne steigen im Prognosezeitraum kräftig. Im kommenden Jahr trägt hier-

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,2	0,6	0,7	-0,8	0,8	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,0	0,0	0,6	-0,1	0,4	0,1	0,3	0,3	0,0	-0,1	0,2	0,3
Ausrüstungen	-3,7	2,3	-0,5	2,1	2,1	-0,4	0,0	0,8	2,0	2,0	1,8	1,8
Bauten	-2,8	3,0	1,8	0,7	4,1	-4,2	0,7	1,2	0,8	0,6	0,5	0,4
Sonstige Investitionen	0,7	0,0	0,2	0,2	1,2	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Lagerveränderung ¹	0,2	-0,1	0,0	0,2	-0,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,2	0,7	0,7	0,0	0,9	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	0,1	-0,4	0,5	-0,2	-0,2	0,1	-0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Ausfuhr	0,7	1,4	0,7	1,7	0,0	0,9	0,9	0,8	1,6	1,7	1,4	1,4
Einfuhr	1,2	1,3	1,7	0,7	0,5	1,6	0,8	1,2	1,7	1,7	1,6	1,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	0,8	0,3	0,4	0,7	-0,2	0,4	0,2	0,5	0,5	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

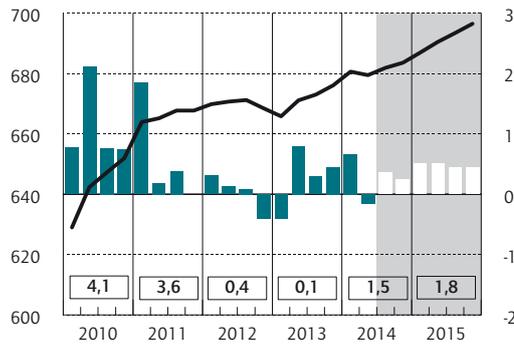
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem dritten Quartal 2014.

© DIW Berlin 2014

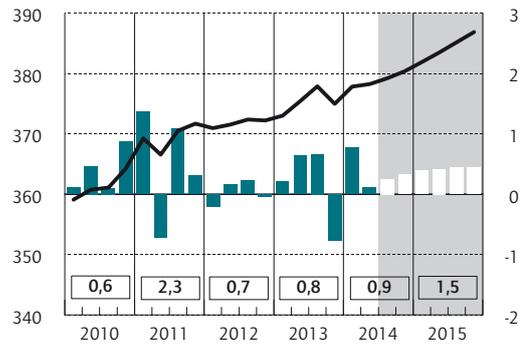
Abbildung 12

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

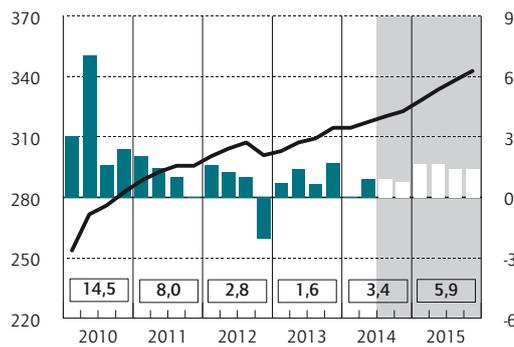
Bruttoinlandsprodukt



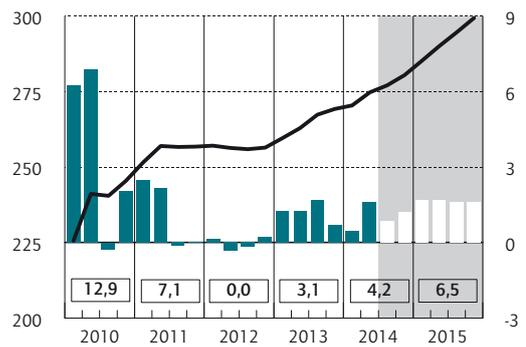
Konsumausgaben der privaten Haushalte



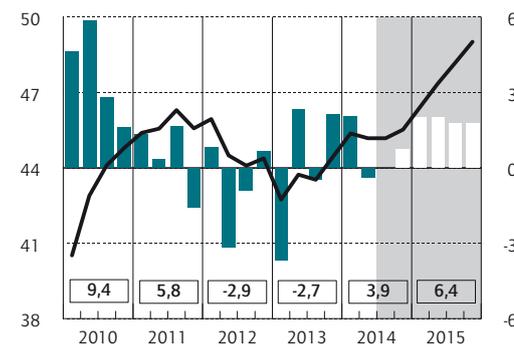
Exporte



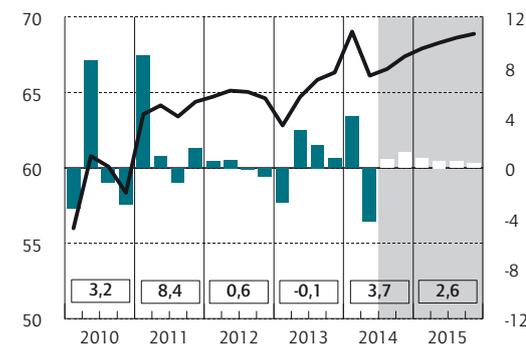
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem dritten Quartal 2014.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	4,1	3,6	0,4	0,1	1,5	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	41 020	41 570	42 033	42 281	42 613	42 735
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 946	2 502	2 316	2 270	2 149	2 221
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 239	2 976	2 897	2 950	2 905	3 055
Erwerbslosenquote, ILO ²	7,1	5,9	5,5	5,3	5,0	5,2
Arbeitslosenquote, BA ²	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	7,0
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	2,1	2,0	1,5	1,0	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,5	0,4	3,1	2,2	1,7	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-104,0	-21,9	3,7	7,3	9,2	9,7
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-4,0	-0,8	0,1	0,3	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	5,7	6,1	7,1	6,8	6,9	6,9

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin 2014 und 2015; Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

zu auch der Mindestlohn bei; seine Einführung dämpft allerdings die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und dürfte die Teuerung etwas anheben. Alles in allem bleiben die Auswirkungen des Mindestlohns auf Wachstum und Einkommen gering. Die Einführung der „Rente mit 63“ mindert die Zahl der Erwerbspersonen. Dies dürfte sich auch in einem Abbau der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Insgesamt geht die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr wohl leicht auf jahresdurchschnittlich 2,91 Millionen Personen zurück. Im kommenden Jahr reicht der Beschäftigungsaufbau jedoch nicht aus, um den migrations- wie verhaltensbedingt kräftigen Anstieg der Erwerbspersonenzahl zu kompensieren. In der Folge steigt die Zahl der Arbeitslosen auf 3,06 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote beträgt im laufenden Jahr 6,7 Prozent, im kommenden Jahr liegt sie bei sieben Prozent.

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr um 1,5 Prozent wachsen. Dies entspricht in etwa dem Potentialwachstum, sodass die Produktionslücke bei $-\frac{3}{4}$ Prozent verharret. Auch 2015 wird sie mit $-0,3$ Prozent nicht geschlossen sein, auch wenn das Bruttoinlandsprodukt mit 1,8 Prozent etwas stärker zunimmt. Dies liegt jedoch daran, dass im Jahr 2015 mehr Arbeitstage anfallen. Die Inflation bleibt in beiden Jahren moderat, vor allem wegen der verhaltenen Entwicklung der Energiepreise; in diesem Jahr steigen die Verbraucherpreise um 1,0 Prozent und im Jahr 2015 um 1,5 Prozent.

Der Finanzierungssaldo des Staates wird in beiden Jahren des Prognosezeitraums in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – wie im Jahr 2013 – bei 0,3 Pro-

zent liegen. Der strukturelle Überschuss beträgt in diesem Jahr 0,7 Prozent und im nächsten Jahr 0,5 Prozent.

Ein Risiko für die Konjunktur in Deutschland stellen die geopolitischen Krisen dar. Diese könnten die Investitionstätigkeit der Unternehmen deutlicher beeinträchtigen als hier angenommen, zumal sich die Krisen derzeit häufen; auch die Exporte könnten dann ausgeprägtere Ausfälle verzeichnen. Zudem kann die Unsicherheit länger als unterstellt belastend wirken, sodass insbesondere die in der vorliegenden Prognose erwarteten Nachholeffekte ausbleiben. Auch der Arbeitsmarkt dürfte bei länger anhaltender Unsicherheit in Mitleidenschaft gezogen werden. Dann wäre auch eine schwächere als die hier unterstellte Konsumententwicklung zu erwarten, sodass die Konjunktur im Vergleich zum Basisszenario merklich gedämpft würde.

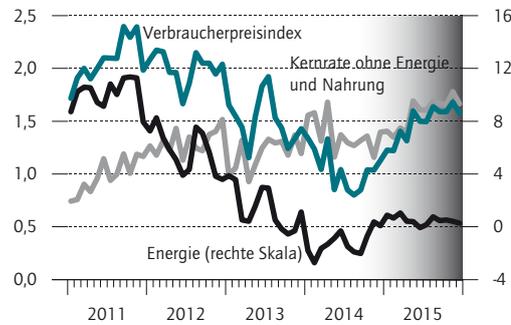
Inflation bleibt niedrig

Die Verbraucherpreisinflation lag im August bei nur 0,8 Prozent (Abbildung 13). Dazu haben insbesondere die seit Jahresbeginn zurückgehenden Energiepreise und die geringen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln beigetragen. Die Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittel, die sogenannte Kerninflation, lag im August bei 1,3 Prozent.

Nach den deutlichen Einbrüchen der Energiepreise zu Beginn dieses Jahres dürften sie im Prognosezeitraum steigen, aber nur wenig (Kasten 1). Die EEG-Umlage wird zu Beginn des kommenden Jahres erstmals seit ihrer Einführung gesenkt. Auch die seit einiger Zeit

Abbildung 13

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis und Berechnungen des DIW Berlin; ab September 2014 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Zuletzt dämpften vor allem Energie- und Lebensmittelpreise die Inflation.

sinkenden Strompreise an der Börse dürften verzögert im Prognosezeitraum an die Verbraucher weitergegeben werden. Von den Nahrungsmitteln geht – auch wegen des Überangebots bei einigen Lebensmitteln im Zuge der russischen Importsanktionen – kaum Preisdruck aus.

Die Kerninflation zieht im Prognosezeitraum leicht an. Insbesondere der schwächere Euro wirkt sich preistreibend aus, denn er erhöht die Importpreise. Die merklichen Lohnsteigerungen – im kommenden Jahr auch aufgrund der Einführung des Mindestlohns – erhöhen die Produktionskosten. Im nächsten Jahr werden die Unternehmen bei nachlassender Unsicherheit vermehrt Preissetzungsspielräume nutzen, um die gestiegenen Kosten an die Verbraucher weiterzugeben.

Insgesamt wird die Teuerungsraten mit 1,0 Prozent in diesem und 1,5 Prozent im kommenden Jahr im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Die Kerninflation liegt in diesem Jahr bei 1,4 und im kommenden Jahr bei 1,6 Prozent.

Beschäftigung und Löhne weiter im Aufwind

Der Beschäftigungsaufbau hat sich mit unvermindert hohem Tempo fortgesetzt. Infolge eines weiter wachsenden Erwerbspersonenpotentials reicht der Aufschwung inzwischen – anders als noch im Frühjahr – aber nicht mehr aus, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern; sie hat zuletzt lediglich stagniert.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik wirkt expansiv. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen bleiben niedrig und die Zinsen für Kredite günstig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 5. September. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,4 Prozent zu, im kommenden Jahr um 2,5 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet – vor allem bei den Sozialversicherungen (Tabelle 2). Zur Mitte des laufenden Jahres traten die von der Großen Koalition beschlossenen Leistungsausweitungen bei der

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2013	2014	2015
EZB-Leitzins	Prozent	0,54	0,16	0,05
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,2	0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	2,7	1,9	1,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,6	1,2	1,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,33	1,35	1,33
Tariflöhne (in % geg. Vorjahr)	Änderung gegenüber Vorjahr	2,4	2,4	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	108,9	106,1	102,9
Erdölpreis	Euro/Barrel	81,9	78,6	77,5
Welthandelsvolumen	Änderung gegenüber Vorjahr	2,3	3,7	5,4

© DIW Berlin 2014

Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt in erster Linie wanderungsbedingt zu. Wanderungsdaten für dieses Jahr gibt es zwar noch nicht, wohl aber Angaben über die Entwicklung der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Mini-Jobs) von ausländischen Arbeitnehmern. So war die Zahl der Beschäftigten aus den 2004 der EU beigetreten Staaten im Juni um 71 000 höher als ein Jahr zuvor;

Rentenversicherung in Kraft. Insbesondere die „Mütterrente“ (Ausweitung der anerkannten Kindererziehungszeiten) sowie die „Rente mit 63“ (Möglichkeit für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren ohne Abschläge vorzeitig in den Ruhestand zu gehen) führen zu erheblichen Mehrausgaben. Im kommenden Jahr werden zudem die Leistungen in der Pflegeversicherung ausgeweitet. Außerdem dürfte der Beitragssatz zur Krankenversicherung temporär sinken, denn mit Beginn des Jahres 2015 steht die Höhe des Zusatzbeitrags im Ermessen der einzelnen Kasse und der Wettbewerbsdruck ist hoch. Zudem dürfte der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung – trotz der kräftigen Mehrausgaben – zu Beginn des kommenden Jahres sinken. Die Schwankungsreserve überschreitet ihre obere Grenze von 1,5 Monatsausgaben bereits in diesem Jahr und es zeichnen sich weitere Überschüsse ab. Auf Grundlage der in dieser Prognose vorhergesagten Entwicklung des Arbeitsmarkts müsste der Beitragssatz nach geltender Rechtslage zu Beginn des kommenden Jahres um 0,6 Prozentpunkte zurückgeführt werden. Die von der Koalition beschlossene Anhebung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung mildert diesen Expansionskurs nur wenig.

Bei den Gebietskörperschaften ist der finanzpolitische Impuls ebenfalls expansiv, allerdings deutlich geringer. Die Steuerzahler werden in diesem Jahr nochmals durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer entlastet. Außerdem dürften vor allem im laufenden Jahr verstärkt Mittel aus dem Fluthilfefonds verausgabt werden. Zudem ist beschlossen worden, zusätzliche Gelder für den Ausbau von Kitas bereit zu stellen. Da der gesetzliche Anspruch auf die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr noch nicht in allen Gemeinden erfüllt werden kann, dürften solche Mittel zeitnah abgerufen werden. Außerdem will der Bund die Ausgaben für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erhöhen, welche im späteren Prognosezeitraum zu Mehrausgaben führen dürften.

Alles in allem wird von der Finanzpolitik im Jahr 2014 ein expansiver Impuls von 0,4 Prozent und im kommenden Jahr von 0,7 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ausgehen.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2013

	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	–0,9	–1,9
Erhöhung des Grundfreibetrags	–1,6	–1,8
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	–0,3	–0,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Jahressteuergesetz 2013	–0,0	–0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	–0,5	–0,5
zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen	–0,5	–1,2
Ausgaben zur Beseitigung von Flutschäden	–1,2	–0,3
Zusätzliche Ausgaben des Bundes für Kitas ³	0,3	–0,4
Betreuungsgeld	–0,6	–0,6
Zusätzliche Ausgaben im Hochschulbereich		–0,5
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 01.01.2014	–0,5	–0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben bei der Bundesagentur	0,1	0,2
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	0,7
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte		3,8
Senkung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 um 0,1 Prozentpunkte		–1,2
Senkung des Beitragssatzes zu Gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015		–5,8
Leistungsverbesserungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung ⁴	–4,8	–8,8
Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Pflegeversicherung	–0,2	–1,0
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,7	–1,6
Insgesamt	–10,8	–22,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,4	–0,7

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Urteil zum Ehegattensplitting bei eingetragenen Lebensgemeinschaften, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Einführung einer Kernbrennstoffsteuer, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Strompreiskompensation.

3 Aufstockung der Kita-Ausgaben im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt, Aufstockung der Kita-Ausgaben aufgrund des Koalitionsvertrages.

4 Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

bei den Beschäftigten aus den südeuropäischen Krisenstaaten waren es 36 000 mehr.⁵ Bei beiden hat der Beschäftigungszuwachs zuletzt an Dynamik einge-

büßt. Stark beschleunigt hat sich wegen der seit Anfang des Jahres geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit dagegen der Beschäftigungsaufbau bei Bulgaren und Rumänen. Die Zahl dieser Beschäftigten war im Juni um 83 000 und somit um 50 Prozent höher als zwölf Monate zuvor. Zudem hat die Erwerbsbeteiligung der nicht-zugewanderten Bevölkerung weiter zugenommen. Im ersten Quartal dieses Jahres belief sich die

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: Juni 2014. Nürnberg, August 2014.

Erwerbsquote der 15- bis 74-Jährigen auf 68,2 Prozent; ein Jahr zuvor waren es 67,6 Prozent.

Der Aufbau der Erwerbstätigkeit erfolgte zuletzt allein bei den abhängig Beschäftigten, insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.⁶ Die Zahl der Selbstständigen stagnierte dagegen, nachdem sie zuvor rückläufig war.

Die je Kopf geleistete Arbeitszeit war im zweiten Quartal leicht rückläufig; dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass sie im Vorquartal wegen des milden Winters relativ hoch war. Aufgrund von Arbeitszeiteffekten fiel der Anstieg der Bruttostundenlöhne (2,5 Prozent im Vorjahresvergleich) im zweiten Quartal auch stärker als im ersten (1,1 Prozent) aus. Der Zuwachs lag knapp unter den tariflich vereinbarten Stundenlohnanhebungen von im Schnitt 2,6 Prozent. Die Pro-Kopf-Löhne entwickelten sich zuletzt indes verhalten; saison- und arbeitstäglich bereinigt fielen sie um 0,4 Prozent höher aus als im ersten Quartal.

In diesem und im nächsten Jahr beeinflussen politische Interventionen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zum einen wird sich die Mitte dieses Jahres eingeführte „Rente mit 63“ dämpfend auf die Entwicklung des Erwerbspotentials auswirken, weil vermehrt Erwerbstätige und auch einige Arbeitslose in den Ruhestand wechseln werden. Angenommen wird, dass sich infolge dieser Maßnahme die Zahl der Erwerbsspersonen bis Ende nächsten Jahres um 125 000 vermindert.⁷ Zum anderen könnte der ab Anfang nächsten Jahres geltende Mindestlohn zu Beschäftigungsverlusten führen; unterstellt wird ein negativer Effekt von 100 000 Beschäftigungsverhältnissen, zu dem es vor allem gleich nach Inkrafttreten der neuen Regulierung kommen dürfte.⁸

Wegen der vorübergehend gedämpften Produktion wird sich der Beschäftigungsaufbau in den nächsten Monaten merklich abschwächen. Die Arbeitslosenzahlen ziehen deshalb etwas an. Aufgrund der günstigen Entwicklung bis zum Sommer 2014 wird die Arbeitslosen-

zahl das Vorjahresergebnis dennoch um knapp 50 000 unterschreiten (Tabelle 4); bei den Erwerbstätigen ergibt sich auf das Jahr gerechnet ein Plus von 330 000.

Mit der Einführung des Mindestlohns sinkt die Beschäftigung zeitweilig etwas, obwohl die Wirtschaftsleistung deutlich an Schwung gewinnt. Der positive konjunkturelle Einfluss auf die Beschäftigung kommt daher zunächst nicht zum Tragen. Ab dem zweiten Quartal nimmt die Beschäftigung aber wieder zu – wenn auch erst zögerlich, im weiteren Jahresverlauf aber mit zunehmendem Tempo. Im Gesamtjahr 2015 wird das Vorjahresergebnis bei den Erwerbstätigen um 120 000 überschritten, während die Zahl der Arbeitslosen aufgrund des schwachen Starts ins Jahr um knapp 150 000 höher ausfällt.

Der Anstieg der effektiven Stundenlöhne wird in diesem Jahr geringer als 2013 ausfallen, vor allem aufgrund der schwachen Ergebnisse in der ersten Jahreshälfte. So ist für dieses Jahr nur mit einem Zuwachs von 2,0 Prozent gegenüber 2,7 Prozent im Jahr 2013 zu rechnen. Für das nächste Jahr ist vor allem wegen der anziehenden Konjunktur sowie der Einführung des Mindestlohns mit einem stärkeren Lohnauftrieb zu rechnen. Die effektiven Stundenlöhne werden um gut drei Prozent steigen.

Die tarifvertraglich vereinbarten Löhne legen in diesem Jahr stärker als die Effektivlöhne zu – wohl deshalb, weil sich in den nicht-tarifgebundenen Bereichen die Arbeitsentgelte schwach entwickeln. Im nächsten Jahr werden die Zuwächse bei den Effektivlöhnen die tarifvertraglich vereinbarten Lohnanhebungen überschreiten. Die Anfang 2015 anstehenden Tarifverhandlungen in wichtigen Zweigen wie der Metall- und Elektroindustrie und dem öffentlichen Dienst der Länder werden Signalcharakter haben. Anzunehmen ist, dass die Gewerkschaften, die zunehmend auf eine offensive Lohnpolitik setzen, kräftige Lohnsteigerungen erreichen.

Privater Verbrauch stützt die Konjunktur

Der private Verbrauch, der zu Jahresbeginn kräftig gestiegen war, stagnierte zuletzt beinahe. Vor allem die seit einigen Quartalen schwache Entwicklung der Vermögenseinkommen dürfte den Konsum gedämpft haben. Für das laufende Jahr deuten die Indikatoren zunächst noch auf eine schwache Entwicklung hin. So lagen die Umsätze im Einzelhandel im Juli deutlich niedriger als im Durchschnitt des zweiten Quartals und das für die EU-Kommission ermittelte Konsumentenvertrauen hat sich seit Mai etwas eingetrübt; alles in allem bewerten die Konsumenten die Aussichten aber weiterhin äußerst zuversichtlich.

⁶ Eine Analyse des Verlaufs der abhängigen Beschäftigung ist derzeit aufgrund jüngst erfolgter Datenkorrekturen und Änderungen der Berichtskreise bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit schwer möglich. Zum einen werden zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nun u. a. auch Personen in Behindertenwerkstätten sowie solche gezählt, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. Dadurch erhöht sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ohne die Berichtskreisausweitung hätte sie indes reduziert werden müssen, weil zuvor aufgrund von Erfassungsfehlern etwa Mini-Jobber als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verbucht worden waren. Die Zahl der Arbeitskräfte, die ausschließlich einen Mini-Job ausüben, wurde aufgrund der Revision angehoben – und die Zahl der Personen, die einen Mini-Job als Zweitbeschäftigung haben, herabgesetzt.

⁷ Zu dieser Schätzung vgl. Fichtner, F. u. a.: Konjunktur klar weiter aufwärts gerichtet. DIW Wochenbericht Nr. 11/2014, 210.

⁸ Ebenda.

Damit bleibt der Konsum der privaten Haushalte aufwärtsgerichtet; er profitiert weiterhin von der anhaltend guten Lage am Arbeitsmarkt. Zwar lässt die Dynamik beim Beschäftigungsaufbau etwas nach. Die Lohnsumme legt aber kräftig zu, um 3,6 in diesem und 3,9 Prozent im kommenden Jahr. Dabei nimmt auch die Nettolohnsumme – um 3,5 und 3,8 Prozent – spürbar zu. Zwar steigt die zu entrichtende Lohnsteuer in beiden Jahren deutlich um knapp fünf beziehungsweise sechs Prozent; die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge nehmen aber nur um knapp drei Prozent in diesem und etwas über zwei Prozent im kommenden Jahr zu.

Hinzu kommen merkliche Anstiege der monetären Sozialleistungen, um gut drei beziehungsweise dreieinhalb Prozent. Dies liegt vor allem an der Ausweitung der Rentenleistungen; im kommenden Jahr werden im Zuge steigender Arbeitslosigkeit aber auch die Lohnersatzleistungen zunehmen. Demgegenüber werden die den privaten Haushalten zufließenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen geringer ausfallen als im Vorjahr. Im Prognosezeitraum ziehen sie jedoch etwas an; im Umfeld niedriger Zinsen bleibt der Zuwachs aber moderat. Die Entnahmen der privaten Haushalte dürften vergleichsweise kräftig steigen. Die Einführung des Mindestlohns im kommenden Jahr wirkt dämpfend auf die Gewinneinkommen, groß wird dieser Effekt aber wohl nicht ausfallen. Angenommen wird in dieser Prognose, dass die Umverteilung von Gewinn- zu Lohn Einkommen keinen signifikanten Konsumeffekt auslöst; denn betroffene Unternehmer erzielen wohl überwiegend geringe Gewinne, und viele der von der Einführung des Mindestlohns profitierenden Arbeitnehmer leben in Haushalten mit mittleren Einkommen und vergleichsweise hoher Sparneigung.⁹

Alles in allem steigen die nominal verfügbaren Einkommen um zwei Prozent in diesem und knapp drei Prozent im kommenden Jahr, und damit stärker als die Preise. Bei einem im weiteren Verlauf unveränderten Ausgabeverhalten der Konsumenten steigt der private Verbrauch in diesem Jahr um 0,9 Prozent und im kommenden Jahr um 1,5 Prozent.

Verunsicherung belastet Investitionstätigkeit

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat nach einem kräftigen Jahresbeginn im zweiten Quartal sichtbar an Schwung verloren. Die Investitionen in Ausrüs-

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz In Millionen Personen

	2011	2012	2013	2014	2015
Erwerbstätige im Inland	41,57	42,03	42,28	42,61	42,74
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,55	4,54	4,46	4,43	4,45
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	28,71	29,34	29,72	30,04	30,16
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,88	1,89	1,89	1,90	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,02	5,00	5,02	5,02	4,99
Sonstige	1,41	1,26	1,19	1,22	1,23
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,05	-0,06	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	41,52	41,98	42,23	42,56	42,68
Erwerbslose	2,50	2,32	2,27	2,15	2,22
Erwerbspersonen	44,02	44,30	44,50	44,71	44,90
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,97	2,90	2,95	2,91	3,06
Arbeitslosenquote BA ² – in Prozent	7,1	6,8	6,9	6,7	7,0
Arbeitslosenquote SGB ³ – in Prozent	9,4	9,0	9,0	8,8	9,2
Erwerbslosenquote VGR ⁴ – in Prozent	5,7	5,2	5,1	4,8	4,9
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,9	5,5	5,3	5,0	5,2
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO – 1 000	39,64	39,95	40,32	40,59	40,71

¹ Bis 2011 einschl. Personen im Freiwilligendienst.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

⁴ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

tungen gingen gegenüber dem ersten Quartal 2014 um 0,4 Prozent zurück – obwohl die öffentliche Investitionstätigkeit außerordentlich stark war. Bei den Unternehmen waren die Investitionen in Ausrüstungen deutlich schwächer und gaben gegenüber dem ersten Quartal um 1,6 Prozent nach. Ursachen hierfür waren laut Unternehmensbefragungen in erster Linie die sich eintrübende weltwirtschaftliche Dynamik sowie die gestiegene Unsicherheit durch den Konflikt um die Schwarzmeerhalbinsel Krim.¹⁰

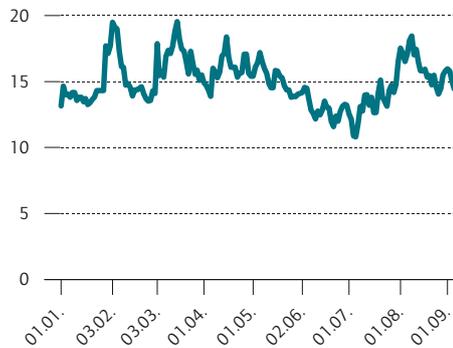
Die Verunsicherung der Unternehmen hat sich im Frühsommer wieder abgebaut – dafür spricht der bis in den Juli hinein deutlich gesunkene Volatilitätsindex VDAX, der als ein Maß der Verunsicherung von Investoren interpretiert werden kann (Abbildung 14). Im Einklang damit erholten sich bis in den Juli nach

⁹ Brenke, K., Müller, K.-U. (2013): Gesetzlicher Mindestlohn: kein verteilungspolitisches Allheilmittel. DIW Wochenbericht Nr. 39/2013.

¹⁰ Diese Gründe werden in der DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2014 und dem ifo Konjunkturtest März 2014 angeführt.

Abbildung 14

Börsenunsicherheit im Jahr 2014
Index



Quelle: Datastream.
Letzte Beobachtung: 4.9.2014.

© DIW Berlin 2014

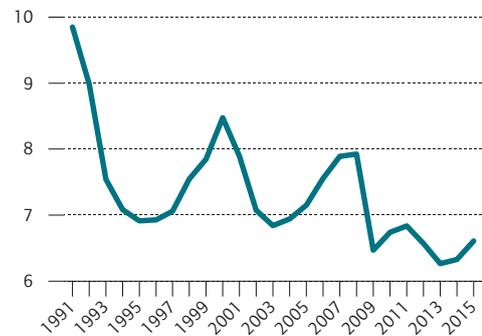
Die geopolitischen Spannungen sorgen immer wieder für Unruhe an den Finanzmärkten.

einer Schwächephase auch die inländischen Aufträge, die Produktion und die Umsätze der Investitionsgüterhersteller. Das spricht – unter Berücksichtigung eines zu erwartenden gedämpften Investitionsverhaltens des Staates – für eine Belebung der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 2014.

Die Investitionsdynamik dürfte im laufenden Jahr dennoch schwach bleiben, insbesondere weil sich der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland erneut zuspitzt hat. Angenommen wird, dass die Verunsicherung in diesem Zusammenhang bis zum Ende dieses Jahres anhält. Dies dürfte erneut zu Attentismus bei den Ausrüstungsinvestitionen führen. Unter der Annahme, dass die Unsicherheit danach allmählich zurückgeht, werden die Investitionen angesichts der ansonsten weiterhin günstigen Rahmenbedingungen im kommenden Jahr kräftig an Dynamik gewinnen. Seit Herbst 2013 liegt die Kapazitätsauslastung der Industrie etwas über ihrem langjährigen Durchschnitt. Zudem ist der Bestellüberhang im zweiten Quartal weiter gestiegen – dies dürfte zu Erweiterungen der Kapazitäten und zu einer nachholenden Investitionstätigkeit führen. Für das laufende Jahr ist vor diesem Hintergrund mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um knapp vier Prozent zu rechnen. Im Jahr 2015 werden die Neuanschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen um rund sieben Prozent expandieren. Die Ausrüstungsinvestitionen liegen damit aber – gemessen an ihrer absoluten Höhe ebenso wie in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – unterhalb des Niveaus vor der Wirtschafts- und Finanzkrise (Abbildung 15).

Abbildung 15

Investitionsquote
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in Prozent, nominal



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Nach wie vor ist die Investitionsquote niedriger als vor der Krise.

Bauinvestitionen weiter dynamisch

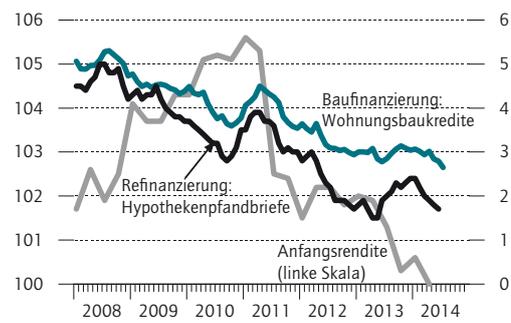
Nach dem witterungsbedingt fulminanten Jahresbeginn kam es im zweiten Quartal erwartungsgemäß zu einem Rücksetzer bei den Bauinvestitionen, der aber die positive Grunddynamik nur kurz überlagert hat. Der Aufwärtstrend bei den Bauinvestitionen wird durch die überaus günstigen Rahmenbedingungen gestützt: dem niedrigen Zinsniveau für Immobilienkredite bei gleichzeitig geringer Rendite alternativer Kapitalanlagen, der günstigen Einkommensentwicklung und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zudem hat sich die Finanzlage öffentlicher Bauherren, vor allem auf kommunaler Ebene, weiter verbessert. Die derzeitige Unsicherheit schwächt allerdings die Entwicklung beim Wirtschaftsbau (Tabelle 5).

Die stärksten Impulse gehen weiterhin vom Wohnungsbau aus. Nach der überaus regen Bautätigkeit im ersten Halbjahr waren die Auftragseingänge im Frühsommer zwar rückläufig; die Bauproduktion – insbesondere im Ausbaugewerbe – expandierte allerdings am aktuellen Rand deutlich und deutet auf eine kräftige Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen im dritten Quartal hin. Die Dynamik bleibt im Winterhalbjahr hoch. Die Finanzierungsbedingungen haben sich seit dem Jahresbeginn weiter verbessert und mit einem jährlichen Effektivzinssatz für Baukredite von 2,65 Prozent bei einer anfänglichen Zinsbindung von zehn Jahren zuletzt ein neuerliches Allzeittief erreicht. Zum Ende des Prognosezeitraums wird die Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen etwas an Dynamik verlieren. So ist die An-

Abbildung 16

Erträge und Finanzierungsbedingungen im Wohnungsbau

10-jährige Laufzeit; Zinsen und Renditen in Prozent; Index der Anfangsrendite



Quellen: Bundesbank; Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP). Letzte Beobachtung: Mai 2014.

© DIW Berlin 2014

Die Finanzierungsbedingungen für Bauherren sind äußerst günstig.

fangsrendite für Neubauwohnungen im zweiten Quartal weiter gesunken und nähert sich dem Tiefstand aus dem Jahr 2003 (Abbildung 16). Die Sorge um eine mögliche Überbewertung von Immobilien und regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt dürften sich zusätzlich dämpfend auswirken. Auch eine geringere Inflationserwartung und das wegfallende Motiv von Immobilien als „sicherer Hafen“ werden wohl zu einer sich abschwächenden Dynamik beitragen. Dennoch sprechen die bis dato erteilten Baugenehmigungen für ein anhaltend hohes Niveau der Wohnungsbauinvestitionen.

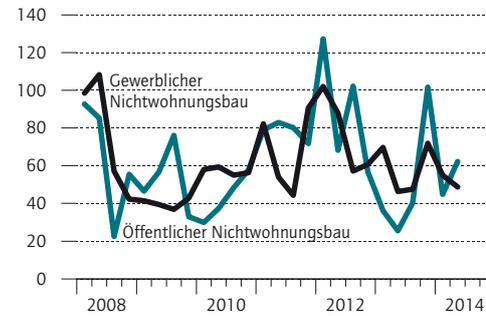
Die gewerblichen Bauinvestitionen werden zunächst nur sehr zögerlich ausgeweitet. Die derzeit verbreitete Unsicherheit der Unternehmen dürfte die Bautätigkeit bei Betriebsgebäuden dämpfen. Bereits seit dem Jahresbeginn sind die Auftragseingänge im Wirtschaftsbau rückläufig – der Auftragsbestand liegt kumuliert unter dem Vorjahresniveau. Die vom ifo Institut befragten freischaffenden Architekten rechnen ebenfalls mit einem stagnierenden Investitionsvolumen im dritten Quartal (Abbildung 17). Gleichwohl liegt das genehmigte Neubauvolumen von Fabrik- und Werkstattgebäuden, der Lagergebäude und sonstigen gewerblichen Betriebsgebäude deutlich über den Werten des Vorjahres. Die Wirtschaftsbauinvestitionen dürften aufgrund dessen im kommenden Jahr wieder kräftiger ausgeweitet werden.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden angesichts der sich weiter verbessernden Kassenlage der Kommunen und der Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel von Seiten des Bundes weiter steigen. Zwar kam

Abbildung 17

Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten

Index 1990=100



Quellen: Ifo Institut; Befragung freischaffender Architekten. Letzte Beobachtung: 3. Quartal 2014.

© DIW Berlin 2014

Das geschätzte Bauvolumen des Wirtschaftsbaus ist zuletzt gesunken.

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2013	2011	2012	2013	2014	2015
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	59,0	10,0	3,3	0,6	3,6	2,8
Nichtwohnungsbau	41,0	6,2	-2,9	-1,0	3,8	2,3
Gewerblicher Bau	29,1	9,0	-0,9	-2,1	3,3	0,8
Öffentlicher Bau	12,0	0,4	-6,8	1,5	5,0	5,9
Bauinvestitionen	100,0	8,4	0,6	-0,1	3,7	2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

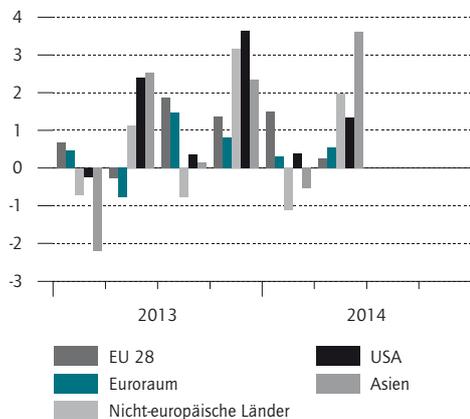
© DIW Berlin 2014

Vor allem der Wohnungsbau entwickelt sich im Prognosezeitraum dynamisch.

es im zweiten Quartal zu einem kräftigen Dämpfer; der derzeitige Auftragsbestand liegt aber noch deutlich über dem Vorjahresniveau. Auch fließen weiter Investitionen in Kitas und es dürften in diesem Jahr vermehrt Mittel aus dem Fluthilfefonds verbaut werden. Im kommenden Jahr dürften die bereitgestellten Bundesmittel für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zusätzliche Investitionen auslösen. In diesem und im kommenden Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen um gut fünf im laufenden be-

Abbildung 18

Ausfuhren nach Regionen
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Während die Exporte in die EU zuletzt nur geringfügig zunahmen, wurde in die nicht-europäischen Länder deutlich mehr als im Vorquartal geliefert.

ziehungsweise knapp sechs Prozent im kommenden Jahr ausgeweitet.¹¹

Außenhandel: Geopolitische Krisen belasten

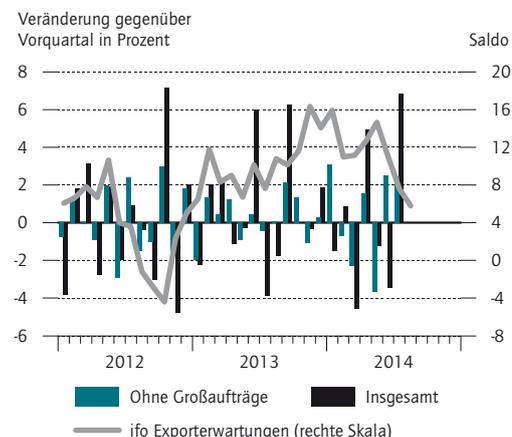
Die Exporte sind im zweiten Quartal um knapp ein Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Während die Lieferungen in die EU-Länder nur geringfügig ausgeweitet wurden, nahmen die Ausfuhren in die außer-europäischen Länder, insbesondere nach Asien, kräftig zu (Abbildung 18). Auch wenn die Exporte nach Russland ihren Abwärtstrend fortsetzten, waren die Auswirkungen der geopolitischen Spannungen auf die deutsche Außenwirtschaft in der ersten Jahreshälfte begrenzt.

Für das dritte Quartal signalisiert der Spezialhandel im Juli einen deutlichen Anstieg der Exporte. Allerdings ist die gute Exportentwicklung zum Teil darauf zurückzuführen, dass aufgrund der späten Sommerferien weniger Urlaubstage als üblich in den Juli fielen; dadurch werden die Exporte vor allem im August gedämpft. Darüber hinaus belastet die Ukrainekrise. Die Exporterwartungen des verarbeitenden Gewerbes haben sich seit Mai mehr und mehr ein-

¹¹ Die deutliche Anpassung gegenüber dem Wert der Frühjahrsprognose ergibt sich in erster Linie aus den erheblichen Korrekturen der Datenbasis. Hier hat sich vor allem das geänderte Verfahren der Saisonbereinigung ausgewirkt, das zu einer Aufwärtskorrektur beim Wirtschaftsbaue und zu einer analogen Herabsetzung der Werte für den öffentlichen Bau geführt hat.

Abbildung 19

Auftragseingänge aus dem Ausland und Exporterwartungen im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2014

Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind zuletzt deutlich gestiegen. Die Exporterwartungen haben sich aber seit mehreren Monaten eingetrübt.

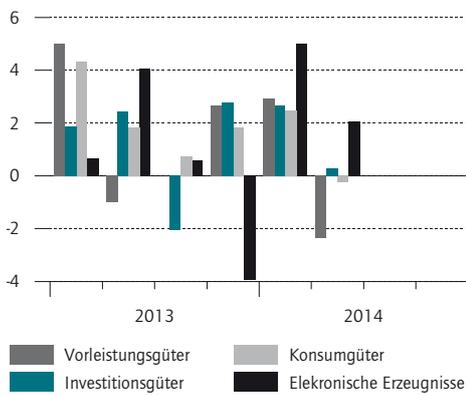
getrübt (Abbildung 19), und auch die Importe von Vorleistungsgütern waren im zweiten Jahresviertel rückläufig (Abbildung 20). Da die Unsicherheit im Zusammenhang mit den geopolitischen Krisen bis Ende dieses Jahres annahmegemäß hoch bleibt und die Nachfrage vor allem aus dem europäischen Ausland dämpft, dürften die Ausfuhren im vierten Quartal etwas schwächer expandieren. Ab dem Jahreswechsel wird die anziehende Auslandsnachfrage dann aber dazu führen, dass die Ausfuhren merklich an Dynamik gewinnen – auch weil die Investitionen anziehen. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zuletzt etwas verbessert (Abbildung 21). Insgesamt werden die Ausfuhren in diesem Jahr wohl um über drei Prozent zunehmen und im kommenden Jahr um knapp sechs Prozent.

Die Importe wurden im zweiten Quartal mit 1,6 Prozent und somit stärker ausgeweitet als die Exporte. Insbesondere die Käufe elektronischer Erzeugnisse legten zu. Während die Einfuhren aus den USA spürbar anstiegen, wurde aus dem Euroraum und der EU weniger importiert als im Vorquartal. Für das dritte Vierteljahr weist der Spezialhandel auf eine Abschwächung der Importe hin. Ab dem Jahreswechsel werden die Einfuhren dann aber aufgrund der beschleunigt zunehmenden Ausrüstungsinvestitionen und Exporte wieder stärker steigen. Insgesamt werden die Importe in diesem Jahr um gut vier Prozent expandieren, im Jahr 2015 dürften sie dank der Belebung zu Jahresbeginn sogar um 6,5 Prozent zulegen.

Abbildung 20

Einfuhren nach Gütergruppen

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

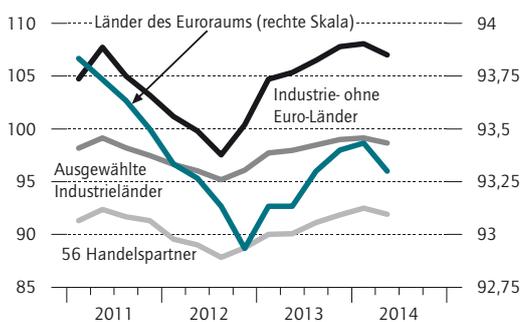
© DIW Berlin 2014

Die Einfuhren von Vorleistungsgütern sind im zweiten Quartal deutlich zurückgegangen.

Abbildung 21

Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Index 1. Quartal 1999 = 100



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2014

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich zuletzt aufgrund der realen Abwertung etwas verbessert.

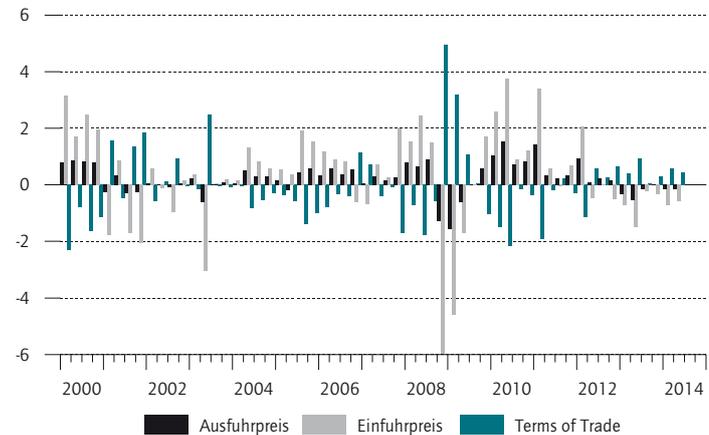
Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war in den ersten beiden Quartalen negativ und wird es auch im Gesamtjahr sein. Im kommenden Jahr werden die Nettoexporte aber vor allem aufgrund der kräftigen Entwicklung der Exporte zu Jahresbeginn wieder positiv zum Wachstum beitragen. Der Außenbeitrag steigt von 5,8 Prozent im Jahr 2013 auf 6,0 Prozent im Jahr 2015.

Die Verbesserung der Terms of Trade setzte sich im zweiten Quartal fort, da die Einfuhrpreise stärker als

Abbildung 22

Außenhandelspreise

Veränderung zum Vorquartal in Prozent



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2014

In Zeiten fallender Einfuhrpreise haben sich die Terms of Trade verbessert, da die Ausfuhrpreise weniger stark gefallen sind.

die Ausfuhrpreise zurückgingen (Abbildung 22). Vor allem die Preise für importierte Energie reduzierten sich. Im weiteren Verlauf dürften sich aber sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren verteuern. Die Preise für importierte Metalle sind im Juli wegen der anziehenden Nachfrage aus China und den USA gestiegen und dürften auch in den kommenden Quartalen weiter zulegen.¹² Tendenziell werden die Einfuhrpreise im weiteren Verlauf stärker steigen als die weniger volatilen Ausfuhrpreise, so dass sich die Terms of Trade in der zweiten Jahreshälfte 2015 etwas verschlechtern.¹³ Im Jahresdurchschnitt 2014 werden sie sich wohl noch um gut ein Prozent verbessern, während sie 2015 stagnieren.

Finanzlage der öffentlichen Hand alles in allem entspannt

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert und die Finanzlage des Staates insgesamt ist gut. Sie wird sich im Prognosezeitraum aber nicht weiter aufhellen. Dahinter verber-

¹² Vgl. „Index für Nahrungsmittel sank im Juli stark“, Pressemitteilung des Hamburgischen Weltwirtschafts Instituts (HWWI) vom 6.8.2014 und „Sinkende Ölpreise lösten einen Rückgang beim HWWI-Rohstoffpreisindex aus“, Pressemitteilung des HWWI vom 5.9.2014.

¹³ Die Abbildung 22 zeigt, dass die Einfuhrpreise deutlich stärker schwanken als die Ausfuhrpreise. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich die Terms of Trade in Zeiten steigender Einfuhrpreise verschlechtern und sich bei fallenden Einfuhrpreisen verbessern. Grund hierfür ist, dass die Entwicklung der Ausfuhrpreise zwar eng an die der Einfuhrpreise gekoppelt ist, allerdings steigen (fallen) die Ausfuhrpreise in der Regel weniger stark.

gen sich gegenläufige Entwicklungen. Die Finanzlage der Sozialversicherungen spannt sich nach und nach an, die der Gebietskörperschaften verbessert sich leicht.

Die Steuereinnahmen nehmen in diesem Jahr wie im vergangenen Jahr zu; die kurze Schwächephase der wirtschaftlichen Entwicklung hinterlässt kaum Spuren. So expandieren die Lohnsteuereinnahmen weiter spürbar, denn nach wie vor wird Beschäftigung aufgebaut und auch die Löhne steigen kräftig. In diesem Jahr wird der Anstieg der Lohnsteuer allerdings durch die Erhöhung des Grundfreibetrags zu Beginn des Jahres gedämpft. Im kommenden Jahr, wenn ein solcher Eingriff das Entstehen progressionsbedingter Mehreinnahmen nicht bremst, nimmt die Lohnsteuer wieder merklicher zu. Auch die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern steigen zurzeit mit etwas geringerer Dynamik. Zum einen war die Gewinnentwicklung im vergangenen Jahr schwach; dies dämpft die Entwicklung bei den Veranlagungsteuern in diesem Jahr. Zum anderen kommt es aufgrund eines Urteils des EuGH zu höheren Erstattungen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.¹⁴ Mit den wieder etwas deutlicher zulegenden Gewinnen werden die Einkommensteuern im kommenden Jahr spürbar zunehmen. Die indirekten Steuern steigen im Prognosezeitraum stärker als in den Vorjahren. Insbesondere die Steuern vom Umsatz legen im Zuge der anziehenden binnenwirtschaftlichen Nachfrage merklich zu.¹⁵

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen werden im Prognosezeitraum kräftig expandieren. Bei konstanten Beitragssätzen in diesem Jahr und deutlichen Lohnsteigerungen führt vor allem der nach wie vor auf den sozialversicherungspflichtigen Bereich konzentrierte Beschäftigungsaufbau dazu, dass die Sozialbeiträge um 3,5 Prozent steigen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird auch im kommenden Jahr weiter aufgebaut, und die Lohnentwicklung ist kräftig. Allerdings wird der kumulierte Beitragssatz niedriger liegen. Zwar wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversiche-

rung um 0,3 Prozentpunkte steigen; damit sollen Leistungsverbesserungen finanziert und ein Pflegevorsorgefonds aufgebaut werden. Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte demgegenüber leicht zurückgehen. Ab dem kommenden Jahr können die Krankenkassen den bisher einheitlich geregelten Zusatzbeitrag festlegen. Damit wird der Zusatzbeitrag zu einem Argument im Wettbewerb um Versicherte, und dies dürfte einige Kassen veranlassen, ihn zu senken.¹⁶ Vor allem aber wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zurückgeführt: bei der in dieser Prognose vorhergesagten Arbeitsmarktentwicklung um 0,6 Prozentpunkte.¹⁷ Alles in allem steigen die Sozialbeiträge damit im kommenden Jahr um 2,9 Prozent.

Die weiteren Einnahmen des Staates entwickeln sich tendenziell eher verhalten, allerdings war die Gewinnabführung der Bundesbank in diesem Jahr recht kräftig. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates merklich zunehmen, in diesem Jahr um 3,2 Prozent und im kommenden Jahr um 3,4 Prozent.

Die Ausgaben des Staates steigen im Prognosezeitraum ebenfalls deutlich. Die Kommunen haben bereits im vergangenen Jahr im Gefolge ihrer sich immer weiter aufhellenden Finanzlage ihren Ausgabenkurs gelockert und auch ihre Vorleistungskäufe erhöht. Dies wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Die Arbeitnehmerentgelte nehmen ebenfalls kräftig zu. Bund und Kommunen haben für die Angestellten in diesem wie im kommenden Jahr spürbare Anhebungen vereinbart und die Beamtenbezüge werden angepasst. Auf Länderebene stehen zu Beginn des kommenden Jahres Lohnverhandlungen an. Vor allem aber steigen die Ausgaben für die sozialen Sachleistungen. Ihr Anstieg ist zwar etwas geringer als im vergangenen Jahr, als die Abschaffung der Praxisgebühr erhöhend zu Buche schlug; die Kostendynamik in diesem Bereich ist jedoch hoch. Getrieben durch die demographische Entwicklung wie auch den medizinischen Fortschritt expandieren die Ausgaben im Gesundheitsbereich spürbar. Die Honorarvereinbarungen für Ärzte lassen die sozialen Sachleistungen ebenfalls zunehmen. Im kommenden Jahr werden

14 Der EuGH hat die Besteuerung von Streubesitzdividenden als diskriminierend eingestuft, wodurch es bei Altfällen zu Rückzahlungen kommt.

15 Dabei ist unterstellt, dass der EuGH die deutsche Kernbrennstoffsteuer mit dem europäischen Wettbewerbsrecht für vereinbar hält. Die Klage geht von den beiden Energieversorgern EON und RWE aus, denen der Bund – nachdem der Fall dem EuGH vorgelegt wurde – im Mai die von den Klägern bisher gezahlte Kernbrennstoffsteuer zurückgezahlt hat. Dies mindert in Abgrenzung der Finanzstatistik die Steuereinnahmen des Staates in diesem Jahr um 2,1 Milliarden Euro. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird diese Steuerminderung aber erst berücksichtigt, falls der EuGH zu Gunsten der Betreiber entscheiden sollte. In diesem Fall würden allerdings nicht Steuermindereinnahmen, sondern geleistete Vermögenstransfers gebucht. Die Steuereinnahmen würden im kommenden Jahr allerdings um die laufenden Einnahmen aus dieser Steuer niedriger sein. In dieser Prognose ist angenommen, dass der EuGH zu Gunsten des deutschen Fiskus entscheidet und es im kommenden Jahr keine weiteren Steuermindereinnahmen gibt.

16 Die Finanzsituation der Krankenversicherungen streut stark. Einer Senkung des durchschnittlich zu entrichtenden Zusatzbeitrags steht nicht entgegen, dass einzelne Versicherungen dazu gezwungen sein werden, ihn zu erhöhen. Auch ist davon auszugehen, dass viele der Versicherungen ihn wieder schnell werden anheben müssen.

17 Nach der geltenden Rechtslage soll der Beitragssatz dann angepasst werden, wenn die Schwankungsreserve voraussichtlich am Ende des kommenden Jahres geringer als das 0,3-fache beziehungsweise höher als das 1,5-fache einer Monatsausgabe ist. Nach der hier zugrunde gelegten Arbeitsmarktentwicklung ist die Obergrenze am Ende des Jahres 2015 um knapp acht Milliarden Euro überschritten.

zudem Leistungsverbesserungen in der sozialen Pflegeversicherung umgesetzt.

Auch die monetären Sozialleistungen werden im Prognosezeitraum deutlich zulegen. So steigt die Zahl der Arbeitslosen und mit ihr nehmen auch die dadurch veranlassten Transferausgaben zu. Insbesondere die Rentenausgaben expandieren merklich. So ist die jährliche Rentenanpassung spürbar. Vor allem aber lässt das Rentenpaket – allen voran die „Rente mit 63“ und die Mütterrente – die Ausgaben der Rentenversicherung kräftig zulegen.

Die Bruttoinvestitionen des Staates sind in der ersten Hälfte dieses Jahres deutlich gestiegen. Die Investitionen des Staates dürften nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen merklich volatiler sein als zuvor, denn ein Teil der militärischen Ausgaben wird nun zu den Investitionen gezählt; damit werden sich mehr Großprojekte in der Entwicklung der staatlichen Investitionsausgaben widerspiegeln. Im vergangenen Jahr sind die Ausrüstungsinvestitionen des Staates kräftig gesunken, in der ersten Hälfte dieses Jahres haben sie deutlich zugenommen. Auch die Bauinvestitionen des Staates haben in der ersten Jahreshälfte spürbar zugelegt. Die Bautätigkeit dürfte dabei vor allem durch die gute Finanzlage auf kommu-

naler Ebene getrieben sein. Zudem werden in diesem Jahr wohl vermehrt Mittel aus dem Fluthilfefonds verbaut. Zwar hat der Bund seine Schadensmeldung herabgesetzt. Er wird allerdings noch in diesem Jahr Gelder in Höhe von einer Milliarde Euro abrufen, und die Länder halten nach wie vor an der von ihnen veranschlagten Schadenshöhe fest. Zurzeit ist der Mittelabfluss aus dem Fonds zwar noch spärlich, die eigentliche Bautätigkeit ist dem Mittelabruf aber zeitlich vorgelagert. Auch im weiteren Prognosezeitraum werden die Investitionen des Staates in Bauten hoch sein. Zum einen sind in dieser Legislaturperiode die Mittel für den Kita-Ausbau aufgestockt worden, zum anderen sind Mehrausgaben für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Die Zuwächse bei den Investitionen werden allerdings nur noch gering sein.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr um 3,4 Prozent – und damit in etwa so stark wie die Einnahmen – zunehmen.

Der öffentliche Gesamthaushalt wird in beiden Jahren mit einem Überschuss abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird er jeweils – wie bereits im Jahr 2013 – bei 0,3 Prozent liegen (Tabelle 6). In konjunkturell bereinigter Betrachtung beträgt er in

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen		
2000 ³	45,7	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,4	13,5
2001	43,8	21,5	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,4	21,0	17,9	47,3	3,0	2,2	-3,9	14,1
2003	43,7	21,1	18,1	47,8	2,9	2,1	-4,1	13,8
2004	42,6	20,6	17,7	46,3	2,8	2,0	-3,7	13,6
2005	42,8	20,8	17,4	46,1	2,8	1,9	-3,3	13,3
2006	43,0	21,6	16,9	44,6	2,7	1,9	-1,5	12,6
2007	43,1	22,4	16,1	42,7	2,7	1,9	0,3	11,9
2008	43,5	22,7	16,1	43,5	2,7	2,0	0,0	11,8
2009	44,4	22,4	16,9	47,4	2,6	2,3	-3,0	11,8
2010 ⁴	43,1	21,4	16,5	47,3	2,5	2,3	-4,2	11,5
2011	43,7	22,0	16,4	44,5	2,5	2,2	-0,8	11,3
2012	44,3	22,5	16,5	44,1	2,3	2,2	0,1	10,1
2013	44,4	22,7	16,6	44,2	2,0	2,2	0,3	8,7
2014	44,4	22,6	16,6	44,1	1,8	2,3	0,3	7,8
2015	44,4	22,8	16,5	44,0	1,7	2,3	0,3	7,4

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2014 und 2015: Prognose des DIW Berlin.

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs- tätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
				in Mrd. Euro	in Euro	in Euro	in Mrd. Euro	2010 = 100
2007	40 325	35 798	1 425	2 596	64 366	45,2	2 510,1	96,7
2013	42 281	37 824	1 363	2 682	63 421	46,5	2 809,5	104,8
2019	43 078	38 594	1 365	2 922	67 824	49,7	3 377,7	115,6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2013/2007	1,0	1,1	-0,9	0,7	-0,3	0,6	2,3	1,6
2019/2013 ¹	½	½	0	1½	1	1	3	1½

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Das Arbeitsvolumen steigt schwächer an.

diesem Jahr – wie im Vorjahr – 0,7 Prozent; im kommenden Jahr sinkt er auf 0,5 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Für die Projektion der mittleren Frist wird angenommen, dass das Wachstum sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch gegenüber den Jahren vor der Finanzkrise niedriger ausfällt, die Dynamik in den

Schwellenländern jedoch relativ hoch bleibt. Im wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, dem Euroraum, werden sich die strukturellen Anpassungen noch bis zum Ende des Projektionszeitraums fortsetzen, und die wirtschaftliche Expansion wird gedämpft verlaufen.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Welthandel real um jahresdurchschnittlich gut fünf Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und beim für Ende 2015 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 102,89 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,33 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der EZB wird vor dem Hintergrund der moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum expansiv ausgerichtet bleiben, zumal die Inflation nicht wesentlich steigen wird, auch weil die Kapazitätsauslastung niedrig bleibt. Für Deutschland wirkt die Geldpolitik damit sehr expansiv. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2016 bis 2019 etwa neutral ausgerichtet sein. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden im Projektionszeitraum erfüllt.

Die Exporte werden aufgrund der etwas schwächeren weltwirtschaftlichen Nachfragesituation und der sich lohnbefähig leicht verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit etwas weniger stark expandieren als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Der Anteil der Exporte in die Euroländer wird dabei zurückgehen. Die inländische Nachfrage expandiert hingegen kräftig. Das Arbeitsvolumen wird im Projektionszeitraum etwa dem langjährigen Trend folgen (Tabelle 7). Die Realeinkommen werden merklich stei-

Tabelle 8

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Mrd. Euro					
2007	2 510,1	1 383,6	440,3	519,4	166,9
2013	2 809,5	1 571,5	541,2	533,5	163,3
2019	3 377,7	1 842,0	681,6	675,9	178,3
Anteile am BIP					
2007	100	55,1	17,5	20,7	6,6
2013	100	55,9	19,3	19,0	5,8
2019	100	54½	20	20	5½
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %					
2013/2007	1,9	2,1	3,5	0,4	-
2019/2013 ¹	3	2½	4	4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Anteil der inländischen Verwendung nimmt zu.

Kasten 2

Potentialschätzung

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird. Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet. Er erfasst jenen Teil des Produktionspotentials, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann, wie vor allem den technologischen Fortschritt.

Die Investitionen werden aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds stärker ausgeweitet als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich im Projektionszeitraum ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Einsatzfaktors Kapital von 0,5 Prozentpunkten.

Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden wird bis 2019 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten leisten.

Das Erwerbspersonenpotential, die erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 74 Jahren, sinkt aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Projektionszeitraum weiter. Dies kann durch den Wanderungsüberschuss nicht ausgeglichen werden. Der positive Wanderungssaldo von 430 000 Personen im Jahr 2013 wird in den Jahren 2014 und 2015 auf 500 000 Personen steigen. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit bleiben in den Krisenländern des Euroraums hoch und werden viele Personen zur Auswanderung in die wenigen stabilen Länder wie Deutschland bewegen. Jedoch ist anzunehmen, dass sich die Zuwanderung aus den Krisenländern mit der dortigen wirtschaftlichen Entspannung abschwächt. Aus Mittel- und Osteuropa ist weiterhin eine hohe Einwanderung nach Deutschland zu erwarten. Seit diesem Jahr wird den Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt, so dass es zu einem merklichen Anstieg der Zuwanderung kommen wird. Alles in allem wird der Wanderungsüberschuss daher auf 100 000 Personen im Jahr 2019 zurückgehen. Der deutlich positive Wanderungssaldo wird den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2013 und 2019 somit abschwächen. Demographisch bedingt verringert sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um jahresdurchschnittlich 0,1 Prozent.

Dagegen steigt die Erwerbsbeteiligung im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,5 Prozent und gleicht den demographisch bedingten Rückgang der Bevölkerung mehr als aus. Die Zunahme wird sich insbesondere über die er-

höhte Neigung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Personen über 55 Jahren ergeben. Damit wird angenommen, dass sich die seit Mitte der 2000er Jahre zu beobachtende Entwicklung fortsetzt, die sich aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes ergibt. Die Tendenz hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung wird durch die Einführung der „Rente mit 63“ abgemildert. Aufgrund des demografisch bedingten Anstiegs der Zahl der Anspruchsberechtigten im Zeitablauf wird der Effekt zunehmen. Für 2016 wird angenommen, dass sich rund 60 000 Personen zusätzlich aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Bis 2019 wird ihre Zahl auf rund 75 000 ansteigen. Insgesamt wird die Partizipationsrate ihren langfristigen Aufwärtstrend fortsetzen und auf 72 Prozent am Ende des Projektionszeitraums steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote als weiterer Bestimmungsfaktor des potentiellen Arbeitsvolumens geht seit rund einem Jahrzehnt zurück. Dieser Rückgang dürfte allmählich zum Stillstand kommen; im Projektionszeitraum wird die Quote nur noch leicht abnehmen und sich 2019 auf 4,8 Prozent belaufen.

Alles in allem nimmt die Zahl der Erwerbstätigen im Trend um 0,5 Prozent pro Jahr zu. Die Anzahl der Stunden je Erwerbstätigen wird weiter rückläufig sein. Dies ist vor allem auf den größer werdenden Anteil älterer Arbeitnehmer zurückzuführen, die häufiger zu einer Teilzeitbeschäftigung neigen.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten leisten. Das reale Produktionspotential wird bis 2019 um jahresdurchschnittlich 1,3 Prozent wachsen (Tabelle).

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

	2007-2013	2013-2019
Produktionspotential	1,1	1,3
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,2	0,1
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,7

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

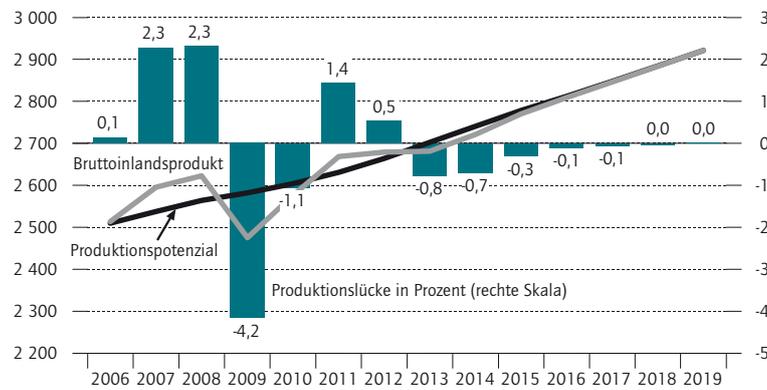
Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Wachstumsbeitrag des Kapitals nimmt zu.

Abbildung 23

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotential
In Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; EU Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Produktionslücke ist bis 2017 geschlossen.

gen, so dass der private Konsum die Wachstumsdynamik unterstützt. Auch der Staatskonsum wird kräftig zulegen. Zum einen werden sich die Arbeitnehmer-

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

entgelte im öffentlichen Dienst in ähnlichem Maß wie in der Gesamtwirtschaft erhöhen. Zum anderen werden die sozialen Sachleistungen, getrieben von der hohen Kostendynamik im Gesundheitsbereich, deutlich zunehmen.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich, auch dank der günstigen Finanzierungsbedingungen, weiter recht kräftig. Angesichts der entspannten Finanzlage, aber auch wegen beschlossener Mehrausgaben in dieser Legislaturperiode, wird der öffentliche Bau merklich zulegen. Die Investitionsquote wird mittelfristig steigen (Tabelle 8).

Die kräftige binnenwirtschaftliche Entwicklung wird zu einer spürbaren Belebung der Importe führen, die stärker als die Exporte steigen. Der Saldo der Handelsbilanz in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geht etwas zurück.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2013 und 2019 jahresdurchschnittlich um 1 ½ Prozent steigen. Die seit 2013 negative Produktionslücke (Abbildung 23) wird sich bis 2017 allmählich schließen (Kasten 2). Das nominale Bruttoinlandsprodukt wächst jahresdurchschnittlich um drei Prozent, die Teuerung liegt bei 1 ½ Prozent.

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik

Katharina Pijnenburg ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Dirk Ulbricht ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

PACE OF EXPANSION REMAINS SLOW

Abstract: The German economy will grow by 1.5 percent this year. In the coming year, the increase in GDP will be somewhat higher at 1.8 percent. The jobless rate will be 6.7 percent this year but it will rise by three-tenths of a percentage point in the coming year. Inflation will remain moderate in both years; prices will rise by 1.0 percent this year and 1.5 percent in 2015.

Global economic growth was far more sluggish in the first half of 2014 than throughout 2013. While industrialized countries forged ahead more strongly in the second quarter after a poor start to the year, the pace of expansion in emerging economies has fallen slightly. After a weak first half, the pace of growth of the global economy is likely to increase somewhat. The gradually improving situation on the labor market, particularly in industrialized countries, will soon result in rising wages. Along with low inflation rates, this should stimulate consumption and also investment activities by companies. In Europe and in particular in the Eurozone, growth will be slow as high public and private indebtedness weighs on demand. Moreover, geopolitical risks are a drag. Overall, the average annual growth rate of the global economy will reach 3.4 and 3.8 percent in 2014 and 2015, respectively.

The German economy will continue its recovery although the dynamic should remain moderate as a result of the sluggish world economy and geopolitical tensions, and only gather speed slowly. In particular foreign trade and invest-

ment will grow only slightly. Next year, when geopolitical risks are assumed to have vanished, the German economy will re-gather its moderate pace of expansion. Despite geopolitical risk, growth impulses are coming mainly from increasing foreign demand. In the wake of rising domestic demand, imports will develop equally dynamically. The current account balance surplus will rise slightly to a good seven percent.

Investments which marked a tangible upward trend in the winter months of 2013 and 2014 will be hampered by the uncertainty but remain positive over the forecast period as a whole. The prolonged favorable situation on the labor market will stimulate consumption appreciably.

Jobs will continue to be created in the course of expanding production, albeit with some loss of momentum. Companies are also meeting the increasing demand by making their employees work longer. Altogether, employment will increase by 330 000 persons this year and by 120 000 persons next year. The number of unemployed will fall slightly this year to 2.91 million. Next year, it will increase slightly to 3.06 million, mainly due to migration and changes in work behavior.

As in 2013, the public deficit will remain at 0.3 percent of nominal GDP in both years of the forecast period. The structural surplus this year is 0.7 percent and 0.5 percent next year.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter
der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Ukrainekrise ist ein Risiko für die konjunkturelle Entwicklung«

1. Herr Fichtner, wie ist die deutsche Wirtschaft in die zweite Jahreshälfte gestartet? Die letzten Zahlen sind überraschend gut, aber nach dem schwachen zweiten Quartal ist es ganz natürlich, dass das dritte Quartal wieder etwas kräftiger ist. Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit etwa 1,5 Prozent wachsen wird, also deutlich mehr als die nur leicht über null Prozent liegende Wachstumsrate des vergangenen Jahres. Im kommenden Jahr wird die Wachstumsrate wahrscheinlich noch einmal etwas höher sein.
2. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands trug zuletzt zunehmend zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Wird das auch in Zukunft so bleiben? Die günstige binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, vor allem die der Konsumnachfrage, stützt sich auf eine gute Arbeitsmarktsituation und eine kräftige Lohnentwicklung. Beides führt dazu, dass die Konsumnachfrage relativ kräftig steigt und damit ein wichtiges Fundament der deutschen Konjunktur darstellt. Im Moment sieht es so aus, als würde das so bleiben. Wenn aber die Konjunkturschwäche in Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, könnte sich das auch irgendwann im Konsum bemerkbar machen.
3. Die deutschen Exporte sorgten zuletzt für positive Schlagzeilen. Ist die Lage tatsächlich so gut, wie es scheint? Die kräftige Entwicklung, die wir im Juli gesehen haben, wird sich wahrscheinlich so nicht fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft und die deutschen Exportunternehmen zu spüren bekommen, dass wir wahrscheinlich in ganz Europa eine relativ schwache Investitionsnachfrage haben, nicht nur weil die Krise im Euroraum weiterhin auf die Investitionstätigkeit drückt, sondern weil insbesondere die Unternehmen im Zusammenhang mit der Ukrainekrise wahrscheinlich Investitionen zurückstellen. Das ist natürlich gerade für die deutschen Unternehmen, die zu einem großen Teil Maschinen exportieren, ausgesprochen schädlich.
4. Wie hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld entwickelt? Die Weltwirtschaft hat sich in der ersten Jahreshälfte 2014 etwas abgekühlt. Vor allem in den großen Schwellenländern wie China hat die Dynamik etwas nachgelassen. Dafür entwickeln sich die USA relativ günstig, und auch im Euroraum sehen wir zaghafte positive Entwicklungen. Alles in allem ist die Weltwirtschaft nicht ganz so kräftig wie in den letzten Jahren, aber trotzdem weiterhin aufwärtsgerichtet, und stellt insofern eine Stütze für die deutsche Wirtschaft dar.
5. Mit welcher Inflationsrate rechnen Sie in Deutschland? In Deutschland dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr bei etwa einem Prozent liegen, also sehr niedrig. Im kommenden Jahr zieht sie dann wieder etwas an. Das hängt auch damit zusammen, dass der Mindestlohn zu steigenden Arbeitskosten und deswegen in manchen Branchen zu steigenden Preisen führt. Das schlägt auf die Inflationsrate durch, die dann im kommenden Jahr bei etwa 1,5 Prozent liegen dürfte.
6. Wo sehen Sie Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands? Ein Risiko für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ist sicherlich die Ukrainekrise. Wir unterstellen in unserer Basisannahme, dass die politischen Spannungen ab der Jahreswende nachlassen. Wenn dem nicht so sein sollte, besteht tatsächlich die Gefahr, dass die Investitionszurückhaltung, die wir auch in Deutschland als Folge dieser politischen Spannungen beobachten, länger Bestand hat. Die folgende Konjunkturschwäche schlägt dann möglicherweise auch auf den Arbeitsmarkt durch. So könnten wir in eine Spirale geraten, in der der immer schlechter werdende Arbeitsmarkt zu einer schwächeren Konsumdynamik und damit wiederum zu einer schwachen Konjunktur und noch schwächerer Beschäftigung führt. Je länger uns die Krise begleitet, umso größer wird die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft in einen solchen Teufelskreis gerät.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,6	0,8	0,3	0,6	0,6	0,8	0,8	0,4	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,6	0,4	-0,5	-0,4	-0,9	1,1	-0,3	0,0	-0,9
Arbeitstage	-0,2	0,1	0,9	-1,3	0,8	-0,3	0,6	0,0	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,3	1,3	0,7	-1,1	0,5	1,5	1,1	0,4	1,0
Produktivität ¹	0,4	0,2	1,0	0,4	0,4	0,2	0,2	0,9	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,8	-0,7	0,9	1,7	1,3	1,3	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 112,7	2 163,9	2 229,3	1 029,7	1 083,0	1 056,3	1 107,6	1 086,0	1 143,3
Private Haushalte ²	1 571,5	1 601,5	1 646,3	767,1	804,4	783,3	818,2	802,6	843,8
Staat	541,2	562,4	583,0	262,6	278,6	273,0	289,4	283,5	299,5
Anlageinvestitionen	554,0	580,1	609,4	262,4	291,6	278,1	301,9	288,0	321,4
Ausrüstungen	176,1	183,7	195,9	83,3	92,8	87,3	96,4	91,0	104,9
Bauten	279,2	293,8	307,4	131,0	148,1	141,0	152,8	145,5	161,9
Sonstige Anlageinvestitionen	98,8	102,6	106,1	48,1	50,7	49,9	52,7	51,5	54,6
Vorratsveränderung ³	-20,5	-14,8	-14,6	-1,2	-19,3	-0,3	-14,5	1,2	-15,8
Inländische Verwendung	2 646,2	2 729,1	2 824,1	1 290,9	1 355,3	1 334,1	1 395,0	1 375,2	1 448,9
Außenbeitrag	163,3	175,2	180,4	85,8	77,4	91,7	83,5	93,8	86,6
Exporte	1 280,1	1 322,3	1 412,2	632,4	647,8	650,9	671,4	686,6	725,5
Importe	1 116,9	1 147,1	1 231,8	546,5	570,3	559,2	587,9	592,9	638,9
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 904,3	3 004,5	1 376,7	1 432,8	1 425,8	1 478,5	1 469,0	1 535,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	2,4	3,0	2,1	2,9	2,6	2,3	2,8	3,2
Private Haushalte ²	2,1	1,9	2,8	1,6	2,5	2,1	1,7	2,5	3,1
Staat	3,8	3,9	3,7	3,8	3,9	3,9	3,9	3,8	3,5
Anlageinvestitionen	0,7	4,7	5,1	-1,4	2,7	6,0	3,5	3,6	6,5
Ausrüstungen	-2,5	4,3	6,7	-5,0	-0,2	4,7	4,0	4,3	8,8
Bauten	1,9	5,2	4,6	-0,7	4,4	7,6	3,1	3,2	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,8	3,4	3,6	3,0	3,8	3,9	3,2	3,5
Inländische Verwendung	2,2	3,1	3,5	1,4	3,0	3,3	2,9	3,1	3,9
Exporte	1,4	3,3	6,8	0,4	2,4	2,9	3,7	5,5	8,1
Importe	1,4	2,7	7,4	0,0	2,8	2,3	3,1	6,0	8,7
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,4	3,4	1,5	2,8	3,6	3,2	3,0	3,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 007,7	2 025,5	2 050,7	985,1	1 022,6	994,9	1 030,6	1 005,7	1 045,0
Private Haushalte ²	1 500,7	1 513,9	1 536,6	734,2	766,5	741,6	772,3	751,0	785,6
Staat	507,0	511,6	514,3	250,9	256,1	253,2	258,4	254,7	259,6
Anlageinvestitionen	525,8	543,7	563,5	249,3	276,5	260,9	282,8	266,5	297,0
Ausrüstungen	173,6	180,4	192,0	81,8	91,8	85,4	95,1	88,8	103,2
Bauten	258,4	267,9	274,8	121,7	136,7	129,0	138,9	130,5	144,3
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	95,2	96,8	45,7	47,9	46,4	48,8	47,1	49,7
Inländische Verwendung	2 509,5	2 551,6	2 597,1	1 233,1	1 276,4	1 256,9	1 294,7	1 275,3	1 321,8
Exporte	1 229,1	1 271,4	1 345,8	606,0	623,1	626,6	644,8	656,2	689,6
Importe	1 056,3	1 100,7	1 171,7	513,7	542,7	535,6	565,1	565,2	606,5
Bruttoinlandsprodukt	2 681,5	2 721,3	2 769,9	1 325,3	1 356,2	1 347,5	1 373,8	1 365,6	1 404,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,2	0,4	1,2	1,0	0,8	1,1	1,4
Private Haushalte ²	0,8	0,9	1,5	0,3	1,3	1,0	0,8	1,3	1,7
Staat	0,7	0,9	0,5	0,7	0,7	0,9	0,9	0,6	0,5
Anlageinvestitionen	-0,7	3,4	3,6	-2,8	1,3	4,7	2,3	2,1	5,0
Ausrüstungen	-2,7	3,9	6,4	-5,3	-0,3	4,4	3,6	4,0	8,6
Bauten	-0,1	3,7	2,6	-2,7	2,4	5,9	1,6	1,2	3,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	1,8	1,6	1,6	0,9	1,6	1,9	1,5	1,8
Inländische Verwendung	0,7	1,7	1,8	-0,3	1,6	1,9	1,4	1,5	2,1
Exporte	1,6	3,4	5,9	0,2	3,0	3,4	3,5	4,7	6,9
Importe	3,1	4,2	6,5	1,2	5,0	4,3	4,1	5,5	7,3
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,8	-0,7	0,9	1,7	1,3	1,3	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,0	1,3	1,3	1,2	1,1	1,0	1,2	1,4
Konsumausgaben des Staates	3,1	3,0	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,2	3,0
Anlageinvestitionen	1,4	1,2	1,4	1,5	1,4	1,3	1,2	1,4	1,4
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,2	0,3	0,1	0,4	0,4	0,3	0,2
Bauten	2,0	1,5	2,0	2,0	1,9	1,6	1,5	2,0	2,0
Exporte	-0,2	-0,1	0,9	0,2	-0,6	-0,5	0,2	0,7	1,0
Importe	-1,6	-1,4	0,9	-1,2	-2,1	-1,9	-1,0	0,5	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,6	2,2	1,9	1,9	1,9	1,7	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 012,2	2 061,8	2 125,4	988,9	1 023,3	1 015,2	1 046,6	1 041,9	1 081,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	272,2	280,9	127,3	135,5	131,2	140,9	136,4	144,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 165,5	1 207,6	1 254,4	555,5	610,1	576,5	631,1	598,9	655,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	582,1	590,2	306,2	277,7	307,5	274,6	306,6	282,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	367,5	398,1	421,4	167,0	200,5	180,1	218,0	190,0	233,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 379,8	2 459,9	2 546,8	1 156,0	1 223,8	1 195,3	1 264,6	1 231,9	1 315,0
Abschreibungen	502,1	513,9	528,9	249,9	252,2	255,4	258,5	262,7	266,2
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 973,9	3 075,7	1 405,9	1 476,0	1 450,8	1 523,1	1 494,5	1 581,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 099,9	2 172,0	2 248,5	1 017,3	1 082,6	1 052,7	1 119,3	1 084,4	1 164,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	671,6	692,2	713,2	334,6	337,0	344,9	347,2	349,0	364,2
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 479,8	1 535,3	682,7	745,6	707,8	772,0	735,3	799,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,1	2,5	3,1	1,6	2,6	2,7	2,3	2,6	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	3,6	3,2	1,9	1,8	3,1	4,0	3,9	2,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,6	3,9	2,9	3,0	3,8	3,4	3,9	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	-0,3	1,4	-0,7	2,1	0,4	-1,1	-0,3	2,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,7	8,3	5,8	0,3	2,9	7,8	8,7	5,5	6,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	3,4	3,5	1,5	2,7	3,4	3,3	3,1	4,0
Abschreibungen	2,3	2,4	2,9	2,4	2,2	2,2	2,5	2,8	3,0
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,2	3,4	1,6	2,6	3,2	3,2	3,0	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2,2	3,4	3,5	1,5	2,8	3,5	3,4	3,0	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,9	3,1	3,0	-0,9	2,7	3,1	3,0	1,2	4,9
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,6	3,8	2,7	2,8	3,7	3,5	3,9	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 175,6	1 215,7	1 261,7	567,3	608,2	583,9	631,8	609,7	653,7
Nettolöhne- und -gehälter	777,2	804,5	835,0	366,8	410,4	379,6	424,9	394,6	440,4
Monetäre Sozialleistungen	492,1	507,9	526,0	247,7	244,4	251,7	256,2	263,9	263,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	93,7	96,8	99,3	47,2	46,5	47,5	49,3	48,8	50,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	582,1	590,2	306,2	277,7	307,5	274,6	306,6	282,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-77,7	-81,5	-87,0	-39,2	-38,5	-38,4	-43,1	-42,0	-45,0
Verfügbares Einkommen	1 681,8	1 716,2	1 764,9	834,4	847,4	853,0	863,2	874,3	890,6
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	47,2	48,0	48,7	23,3	23,9	23,8	24,2	24,1	24,5
Konsumausgaben	1 571,5	1 601,5	1 646,3	767,1	804,4	783,3	818,2	802,6	843,8
Sparen	157,5	162,8	167,2	90,6	66,9	93,5	69,3	95,8	71,4
Sparquote in Prozent ⁷	9,2	9,2	9,2	10,6	7,7	10,7	7,8	10,7	7,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,6	3,4	3,8	2,6	2,6	2,9	3,9	4,4	3,5
Nettolöhne- und -gehälter	2,8	3,5	3,8	2,7	2,8	3,5	3,5	4,0	3,7
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,2	3,6	2,7	2,1	1,6	4,8	4,8	2,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,9	3,2	2,6	3,4	2,3	0,6	6,0	2,8	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	-0,3	1,4	-0,7	2,1	0,4	-1,1	-0,3	2,7
Verfügbares Einkommen	1,8	2,0	2,8	1,1	2,5	2,2	1,9	2,5	3,2
Konsumausgaben	2,1	1,9	2,8	1,6	2,5	2,1	1,7	2,5	3,1
Sparen	-1,3	3,3	2,8	-3,3	1,4	3,2	3,5	2,5	3,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	637,9	656,4	685,8	319,9	318,0	329,5	326,9	344,4	341,4
direkte Steuern	333,3	343,1	361,8	169,2	164,1	174,4	168,7	184,3	177,5
indirekte Steuern	304,5	313,3	323,9	150,7	153,9	155,1	158,2	160,1	163,9
Sozialbeiträge	465,4	481,6	495,6	226,0	239,4	233,7	247,9	241,1	254,6
Vermögenseinkommen	20,5	23,3	21,8	11,3	9,2	14,1	9,2	12,5	9,2
Laufende Übertragungen	18,4	18,7	18,9	8,9	9,5	9,1	9,6	9,2	9,7
Vermögenstransfers	10,4	11,0	10,6	4,8	5,6	5,3	5,7	5,0	5,6
Verkäufe	95,8	97,5	100,2	44,7	51,1	45,1	52,4	46,3	53,9
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	28,6	24,7	26,8	24,8
Insgesamt	1 248,6	1 288,9	1 333,2	615,7	632,9	636,9	652,0	658,6	674,6
Ausgaben									
Vorleistungen	131,5	134,6	138,5	60,2	71,3	60,9	73,7	62,6	75,9
Arbeitnehmerentgelte	217,6	224,6	230,8	104,3	113,2	107,4	117,2	110,8	120,1
Soziale Sachleistungen	226,9	237,5	248,4	112,1	114,8	118,1	119,4	123,5	124,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	55,5	51,1	50,6	28,6	26,9	26,0	25,1	25,8	24,9
Subventionen	24,7	25,3	25,6	12,0	12,7	12,4	12,9	12,6	13,0
Monetäre Sozialleistungen	439,9	454,9	473,2	221,7	218,2	225,5	229,5	236,9	236,3
Sonstige laufende Transfers	62,0	63,4	65,6	33,7	28,3	34,5	28,9	36,0	29,5
Bruttoinvestitionen	61,3	67,1	68,8	24,2	37,2	28,2	38,9	28,8	40,0
Vermögenstransfers	23,2	22,6	23,2	9,6	13,5	8,6	14,0	9,0	14,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 241,4	1 279,7	1 323,5	605,9	635,5	620,8	658,9	645,3	678,1
Finanzierungssaldo	7,3	9,2	9,7	9,8	-2,5	16,1	-6,9	13,2	-3,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	2,9	2,9	4,5	2,9	3,0	3,0	2,8	4,5	4,4
direkte Steuern	4,4	2,9	5,4	4,7	4,1	3,1	2,8	5,7	5,2
indirekte Steuern	1,4	2,9	3,4	0,9	1,8	2,9	2,8	3,2	3,6
Sozialbeiträge	2,4	3,5	2,9	2,5	2,4	3,4	3,6	3,2	2,7
Vermögenseinkommen	-4,6	13,5	-6,4	-2,1	-7,5	24,5	0,0	-10,9	0,6
Laufende Übertragungen	0,4	1,6	1,1	3,2	-2,0	2,2	1,0	1,1	1,0
Vermögenstransfers	-5,9	6,1	-4,2	-4,1	-7,4	11,3	1,7	-6,9	-1,6
Verkäufe	4,1	1,8	2,7	3,4	4,7	0,9	2,6	2,6	2,8
Sonstige Subventionen	-27,0	-1,9	0,0	-31,2	-23,6	-4,4	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,6	3,2	3,4	2,6	2,5	3,4	3,0	3,4	3,5
Ausgaben									
Vorleistungen	4,0	2,3	3,0	4,7	3,4	1,0	3,4	3,0	3,0
Arbeitnehmerentgelte	2,3	3,2	2,7	2,2	2,5	2,9	3,5	3,1	2,4
Soziale Sachleistungen	5,1	4,7	4,6	4,4	5,8	5,3	4,1	4,6	4,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-11,5	-8,0	-0,8	-10,4	-12,7	-9,3	-6,7	-0,8	-0,8
Subventionen	1,4	2,5	1,2	0,0	2,9	3,4	1,6	1,2	1,3
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,4	4,0	2,7	2,1	1,7	5,1	5,1	3,0
Sonstige laufende Transfers ⁹	13,8	2,1	3,5	12,5	15,5	2,4	1,9	4,5	2,4
Bruttoinvestitionen	0,5	9,4	2,5	3,1	-1,1	16,5	4,7	2,2	2,7
Vermögenstransfers ⁹	-16,4	-2,7	2,9	-8,3	-21,4	-11,0	3,2	5,0	1,6
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,1	-2,1	0,0	3,5	-3,2	-4,4	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	3,4	-5,0	5,3	3,8	3,1	0,0	-9,1	11,1	0,0
Insgesamt	2,3	3,1	3,4	2,7	1,9	2,5	3,7	3,9	2,9

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsprofessor am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Abgewählt: Die Schweden besiegeln das Ende der Lausitzer Braunkohle

Die Wahlen am 14. September 2014 läuten den Einstieg in den Ausstieg der Braunkohle in der Lausitz ein. Nein, natürlich nicht die Landtagswahlen in Brandenburg, wo die zukünftige Regierung – unabhängig von der zu bildenden Koalition – noch an der „Brückentechnologie“ Braunkohle festhalten möchte. Dagegen wird die neue Regierung in Schweden, voraussichtlich unter einem Ministerpräsidenten Löfven von den Sozialdemokraten, die Dekarbonisierung ihres staatlichen Energiekonzerns Vattenfall konsequent voranbringen. Und gerade dieser „grüne“ Energiekonzern – Vattenfall bedeutet „Wasserfall“ – hat gerade in der Lausitz noch mit einem Sanierungsfall aus Zeiten vor der Energiewende zu kämpfen, der all ihre Nachhaltigkeitsziele torpediert: der Braunkohle. Bereits heute hat die schwedische Regierung, 100-prozentiger Eigentümer von Vattenfall, dem Konzern eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von derzeit über 80 Millionen Tonnen im Jahr auf unter 65 Millionen Tonnen im Jahr 2020 vorgeschrieben. Dieses Ziel ist mitnichten mit dem in der Lausitz geplanten Aufbau neuer Tagebaue und neuer Kraftwerkskapazitäten zu erreichen, sondern nur mit der Schließung dieser Kapazitäten.

Eigentlich stand das Ergebnis schon vor der Wahl fest. Denn angesichts der ambitionierten Energie- und Klimastrategie Schwedens der letzten Jahre passte die CO₂-intensive Braunkohleverstromung des deutschen Tochterunternehmens schon seit längerer Zeit nicht mehr in das Portfolio. So will Schweden bis zum Jahr 2020 den Treibhausgasausstoß um 40 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr verringern, unter anderem auch durch Reduzierung im europäischen Ausland; bis 2050 ist eine vollständige Dekarbonisie-

rung des Energiesystems festgeschrieben. Spätestens in der schwedischen „Elephantenrunde“ am 4. September wurde dann auch deutlich, dass *alle* dort vertretenen Parteien den Einstieg in den Ausstieg befürworten: Auf die Frage, ob Vattenfall der Ausbau der Lausitzer Braunkohle untersagt werden solle, zogen alle Anwesenden, selbst Noch-Ministerpräsident Reinfeldt, die grüne Karte und zeigten damit der Lausitzer Braunkohle die rote.

Der Regierungswechsel wird dennoch den Druck erhöhen, auf die seit längerem erkannten Warnzeichen nunmehr konkret zu reagieren. Gerade im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Paris im Herbst 2015 wird der schwedische Koalitionsvertrag mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur eine Bestätigung, sondern eine Verschärfung der nachhaltigen Energie- und Klimapolitik enthalten. Eine expansive Braunkohlepolitik des nationalen Champions der schwedischen Energiewende – bereits heute stammen 60 Prozent der schwedischen Elektrizität aus erneuerbaren Energien – ist mit diesen Zielen unvereinbar. Da der Verkauf der Braunkohlesparte und der Weiterbetrieb durch ein anderes Unternehmen nicht nur aufgrund der erheblichen inhärenten Risiken unwahrscheinlich ist, sondern auch politisch abgelehnt wird, besteht eine sinnvolle Lösung nun in einer Konversion des Unternehmens in Richtung neuer, mit der Energiewende kompatibler Technologien (erneuerbare Energien, Speichertechnologien, Power-to-Gas etcetera) sowie einem schrittweisen Braunkohleausstieg Vattenfalls – übrigens in Übereinstimmung mit der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, die einen Übergang zu 100-prozentiger Versorgung mit erneuerbaren Energien vorsieht.